

Dienstag, 12. Juni 2018 Vormittag

Vorsitz:	Standespräsident Martin Aebli
Protokollführer:	Patrick Barandun
Präsenz:	anwesend 118 Mitglieder entschuldigt: Caduff, Tenchio
Sitzungsbeginn:	8.15 Uhr

Standespräsident Aebli: Darf ich um Ruhe bitten, damit wir mit der Session beginnen können? Danke. Ich wünsche Ihnen einen guten Tag und wir beginnen mit der kantonalen Volksinitiative „Nur eine Fremdsprache in der Primarschule“. Darf ich um Ruhe bitten, damit wir beginnen können? Bevor wir starten und ich das Wort der Kommissionspräsidentin gebe, möchte ich noch sagen, wie wir diese Debatte führen werden. Da ja im Vorfeld zur dieser Debatte verschiedene Mails und Unterlagen kursiert sind, möchte ich es wie folgt machen: Wir werden ein Eintreten miteinander bestreiten, wo Sie dann bitte Ihre Voten zum Eintreten äussern können. Sie haben ja auch mitbekommen, dass es einen neuen Vorschlag gibt auf Verschiebung. Diesen Vorschlag werden wir dann auch beim Eintreten behandeln, sofern er gestellt wird. Wenn dieser Vorschlag angenommen würde von Ihrer Seite, dann wäre die Debatte zu der Volksinitiative beendet. Wenn er abgelehnt würde von Ihnen, dann würden wir in der Detailberatung dieses grüne Büchlein durchberaten und gemäss Protokoll dann auch die Abstimmungen machen. Ist das soweit verstanden worden? Oder gibt es zum Ablauf jetzt Fragen? Wenn das nicht der Fall ist, dann gebe ich der Kommissionspräsidentin das Wort. Grossrätin Märchy, Sie haben das Wort.

Kantonale Volksinitiative «Nur eine Fremdsprache in der Primarschule (Fremdspracheninitiative)» (Botschaften Heft Nr. 8/2017-2018, S. 585)

Eintreten

Antrag Kommission und Regierung
Eintreten

Märchy-Caduff; Kommissionspräsidentin: Auch von meiner Seite her ich wünsche uns allen einen guten Tag, eine konstruktive Diskussion. Mit der kantonalen Volksinitiative „Nur eine Fremdsprache in der Primarschule“ hat sich der Grosse Rat anlässlich der Aprilsession im Jahr 2015 auseinandergesetzt und mit 82 zu 34 Stimmen die Fremdspracheninitiative für ungültig erklärt. Be-

gründet wurde diese Ungültigerklärung wegen offensichtlichem Widerspruch zu übergeordnetem Recht. Das Rechtsgutachten von Professor Bernhard Ehrenzeller bildete im Wesentlichen die Grundlage für die Beratung und Entscheidungsfindung hier im Grossen Rat. Der weitere Verlauf ist uns allen bestens bekannt. Mit Urteil vom 15. März 2016 hiess das Verwaltungsgericht des Kantons Graubünden eine gegen die Ungültigerklärung erhobene Beschwerde gut. Die gegen dieses Urteil erhobene Beschwerde an das Bundesgericht wurde schlussendlich am 3. Mai 2017 abgewiesen.

Ich persönlich ziehe folgende drei Lehren daraus: Rechtsgutachten, und seien sie von noch so bekannten Fachpersonen erstellt, sind mit äusserster Vorsicht zu gewichten. Es gibt nicht das Recht. Je nach Interpretation kommen die Richter zu unterschiedlichen Ergebnissen und Urteilen. In Zukunft werde ich im Zweifelsfall gegen eine Ungültigerklärung und für eine Initiative plädieren.

Das Bundesgericht hat entschieden: Die Initiative ist gültig und muss dem Volk zur Abstimmung vorgebracht werden. Gemäss Gerichtsentscheid ist eine rechtskonforme und diskriminierungsfreie Umsetzung der allgemeinen Anregung zwar schwierig, aber möglich. Das Bundesgericht wies darauf hin, dass die Fremdspracheninitiative bei entsprechender Umsetzung nicht verunmögliche, dass alle Schülerinnen und Schüler bis zum Ende der obligatorischen Schulzeit über vergleichbare Fremdsprachenkenntnisse verfügen. Damit hat nun eine materielle Behandlung der Initiative zu erfolgen, die aber auch einer inhaltlichen Diskussion Raum lässt.

Mit der vorliegenden Botschaft der Regierung hat sich die Kommission für Bildung und Kultur am 3. Mai dieses Jahres auseinandergesetzt. Im Beisein von Regierungsrat Martin Jäger und Vertretern des AVS wurde intensiv diskutiert, das entsprechende Protokoll fasst die Beschlüsse zusammen. Eine Delegation des Initiativkomitees konnte anfangs der KBK-Sitzung ihre Anliegen erläutern und unsere Fragen beantworten. Die Kommissionsmitglieder stellten fest, die Ziele und Argumente der Initianten wurden mit sehr viel Herzblut vorgebracht. Beim Lesen der Botschaft habe ich einen ganz zentralen Aspekt vermisst. In der Botschaft der Regierung findet man keine Aussagen zu den Schülerinnen und Schülern. Die Politik steht im Vordergrund und bildet die Ent-

scheidungsgrundlage. Die Didaktik und das Wohlergehen der Kinder, das sind keine Themen. Ich vermisse Aussagen wie: Wie geht es den Bündner Schulkindern mit zwei Fremdsprachen? Wie ist der Stand des Italienischunterrichts? Wurde eine Evaluation gemacht? Wie und wann funktioniert das Fremdsprachenlernen optimal? Was sagen die Studien dazu? Wie wirken sich die zwei Fremdsprachen auf der Primarschule auf den Übertritt ins Gymnasium aus oder auf weitergehende Schulen? Sind Schülerinnen und Schüler, die weniger sprachbegabt sind, benachteiligt? Warum werden im ganzen Kanton so wenige Schul Kinder von den Fremdsprachen befreit, wenn sie doch so grosse Schwierigkeiten mit dem Lernen der Fremdsprachen aufzeigen? Es gäbe noch weitere Fragen, aber eines steht jetzt schon fest: Es gibt nicht die Lösung für die Sprachenfrage in unserem Kanton. Jeder von uns muss selber abwägen, welche Erwartungen und Forderungen der Politik, Wirtschaft, Bildung, Eltern und Kinder berücksichtigt werden sollen. Schlussendlich, und das ist gut so, wird das Bündner Stimmvolk darüber entscheiden.

Und nun zur Initiative. Was will sie genau? Sie stellt folgendes Begehren, ich zitiere: „Das Gesetz für die Volksschulen des Kantons Graubünden ist so abzuändern und auszugestalten, dass in der Primarschule für den Fremdsprachenunterricht im ganzen Kanton folgende Regel gilt: In der Primarschule ist nur eine Fremdsprache obligatorisch. Je nach Sprachregion ist dies Deutsch oder Englisch.“ Zitat Ende. Die Gesetzesinitiative ist in der Form der allgemeinen Anregung abgefasst. Gegenstand der Initiative bildet eine Anpassung von Art. 30 des Gesetzes für die Volksschulen des Kantons Graubünden. Stimmt das Volk der Fremdspracheninitiative zu, muss dann in einem nächsten Schritt von der Regierung und dem Parlament zur konkreten Umsetzung eine Gesetzesvorlage ausgearbeitet werden. Ich bitte Sie, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, treten Sie ein.

Standespräsident Aebli: Weitere Mitglieder der Kommission? Grossrätin Widmer.

Widmer-Spreiter: Ich war von Anfang an mit der Initiative sehr unglücklich. Die Sprachinitiative ist sehr einseitig von Seiten der Deutschsprachigen ausgestellt. Die Initiative wurde zuerst als ungültig erklärt, was viel Zeit benötigte. Die Initiative soll aber jetzt, da sie als gültig erklärt wurde, auch ernst genommen werden. Es soll nach einer Lösung für möglichst alle Schülerinnen und Schüler gefunden werden. Dabei soll das Kind im Zentrum unserer Bemühungen stehen. Alle Sprachregionen sollen dabei berücksichtigt werden. Wenn wir uns heute für oder gegen die Initiative entscheiden, ist niemandem gedient, da spätestens in ein paar Jahren die nächste Forderung auf dem Tisch steht. Wenn schon etwas geändert werden soll, dann so, dass es auch über eine etwas längere Zeit Bestand hat. Auch wenn wir etwas mehr Zeit benötigen, um diese Lösung zu finden, haben am Schluss doch alle gewonnen. Durch die Dreisprachigkeit in unserem Kanton haben wir sehr unterschiedliche Voraussetzungen. Während für die Rätoromanen und italienischsprachigen Regionen Deutsch eher eine zweite Muttersprache oder Zweitsprache ist, ist Italienisch für

die deutschsprachigen Schülerinnen und Schüler eine Fremdsprache.

Ich höre immer wieder, dass der Italienischunterricht sehr wenig bringt und die Italienischkenntnisse Ende der Schulzeit sehr gering seien im Vergleich zum Aufwand. Auch wird oft von einer nutzlosen Sprache gesprochen. Nutzlose Sprachen gibt es aber nicht. Wir leben in einem dreisprachigen Kanton und da sollen alle Sprachregionen berücksichtigt werden. Die Lösung muss für alle tragbar sein. In unserem Kanton gibt es bereits einige Gemeinden sowie die Stadtschule Chur, die zweisprachige Schulen anbieten. In diesen wird ab dem Kindergarten zweisprachig unterrichtet. Der Unterricht ist immersiv und die Kinder erlernen die Sprache spielerisch. Die Erfolge an diesen Schulen sind sehr positiv. Leider ermöglicht der Kanton es aber nicht allen Gemeinden, zweisprachige Schulen einzuführen, was auch einer Ungleichbehandlung gleichkommt. Um mehr Zeit zu finden, auch mit den verschiedenen Sprachregionen den Kontakt aufzunehmen und die Bedürfnisse abzuklären, benötigen wir eine Verschiebung der Abstimmung. Bis jetzt wurden noch nie alle Sprachorganisationen an einen Tisch geordert. Ich bitte Sie deshalb, dem Antrag von Ratskollege Kollegger zu folgen.

Thomann-Frank: Da mintga occurrenza vegn la trilinguitad da noss chantun proclamada da politichers da tuttas colurs. Nus avain effectivamain da promover ils linguatgs minoritars sco er la convivenza tranter las cuminanze linguisticas. Schliaziuns en disfavour dals linguatgs minoritars periclitescan la pasch linguistica en scola. Laschain decider ussa democraticamain il pievel en chaussa, senza ir en sin cuntrapropostas che portan inquietezza en las scolas, che engrevgeschan ed indebleschan il talian sco er il rumantsch e che impedeschan las fadias d'armonisaziun da noss chantun en ses model. Ina schliaziun unica en noss chantun fiss er cuntraproductiva per famiglias che fissan prontas da vegnir a lavurar ed abitar en nossas regiuns periferas. Jau sun per entrar.

Hug: Nun ist es also soweit: Rund fünf Jahre nach der Einreichung der Initiative können wir heute endlich eine inhaltliche Diskussion über die Fremdspracheninitiative führen. Über den Werdegang mit der zu Unrecht getätigten Ungültigerklärung von Regierung und Parlament, brauchen wir uns nicht mehr detailliert zu unterhalten. Ich hoffe einfach, dass ein solcher Umgang mit einer Volksinitiative in Graubünden nicht mehr möglich sein wird.

Die Botschaft, über welche wir uns dann in der Detailberatung streiten werden, beinhaltet vieles. Sie streicht die Bestrebungen nach Harmonisierung hervor, erklärt uns übergeordnetes Recht und zeigt uns zukünftigen Sprachenunterricht im Lehrplan 21 auf. Inhaltlich gehört das alles in eine Botschaft. Was jedoch gänzlich fehlt, ist die Perspektive der betroffenen Kinder, Eltern und Lehrpersonen. Unsere Kommissionspräsidentin hat dies bereits ausgeführt. Ich halte mich in der Eintretensdebatte bewusst kurz, freue mich auf eine lebendige, inhaltliche Debatte. Noch viel mehr würde ich mich allerdings über einen weiteren gesprochenen Zeitraum freuen, welchen Sie mit dem Vorschlag von Andy Kollegger gewähren

würden. Dann würde endlich der Prozess ausgelöst, welchen wir im Vorfeld von der Regierung erwartet hätten: Nämlich eine Diskussionskultur mit sämtlichen involvierten Parteien und insbesondere den Initianten. Die SVP-Fraktion ist für Eintreten.

Waidacher: Was ist heute wichtig für eine gute Bildung in der Grundschule? Was führt zu einer guten und modernen Bildung unserer Kinder? Das sind vor allem motivierte, gute Lehrerinnen und Lehrer und einigermaßen motivierte Schülerinnen und Schüler. Dies hat eine kürzlich weltweit durchgeführte Studie ergeben. Also haben die Stundentafeln und Fächer einen kleineren Einfluss als wir meinen und auch in der Botschaft zur Initiative suggeriert wird. Unter diesen Aspekt müssen wir die heutige Diskussion stellen. Wir müssen uns also fragen: Erreichen wir das Ziel, möglichst viele motivierte Lehrerinnen und Lehrer zu gewinnen mit dem heutigen System oder dem Vorschlag, der der Initiative zugrunde liegt? Wenn man die Lehrkräfte fragt, sind sie geteilter Meinung. Nach Aussagen der Kolleginnen Märchy und Locher ist eine kleine Mehrheit für das heutige System. Das zeigt aber auch, dass ein grosser Teil der Lehrerschaft das heutige und angedachte Modell des Lehrplanes 21 nicht für ideal hält. Ich persönlich bin der Meinung, dass wir dieses Ziel mit dem in der Initiative angedachten Modell besser erreichen könnten. Die Regierung ist anderer Meinung. Sie zeigt dies relativ mühsam und mit viel Fomalismen und gesuchten Vergleichen auf und will uns suggerieren, dass das heutige, auch erst seit kurzem eingeführte System, das Beste ist. Wie schon erwähnt: In keinem Satz der Botschaft werden die Kinder und deren Sorgen erwähnt. Dass heute fast ein Viertel der Schülerinnen und Schüler spezielle Betreuung und Hilfe benötigt, wird ausgeblendet.

Ebenfalls wird nicht gesagt, was die Sprachenüberdosis in der Primarschule für ausländische, zu integrierende Kinder zur Folge hat. Sollten sie nicht besser unsere Muttersprachen Deutsch, Romanisch oder Italienisch lernen? Auch kann im Moment noch gar keine Aussage über die Qualität des heutigen Systems gemacht werden, da uns schlichtweg die Erfahrung fehlt. Denn nicht überall, wo Italienisch drauf steht, ist auch Italienisch drin. Dafür rühmt sich der Regierung, dass wir mit dem heutigen Modell die Vorlagen des Bundes erfüllen, obwohl der Kanton Graubünden dem HarmoS-Konkordat gar nicht beigetreten ist. Wir wären nicht erst mit dem in der Initiative angedachten Modell ein Sonderfall in der Schweizer Bildungslandschaft, vielmehr sind wir es heute schon. Denn ein Hauptziel dieser interkantonalen Vereinbarungen und des Sprachengesetzes, die Mobilität und Freizügigkeit innerhalb der Schweiz zu verbessern, wie es auf der Seite 587 der Botschaft erwähnt wird, erreicht der Kanton Graubünden mit dem heutigen System bei weitem nicht. Vor allem unsere deutschsprachigen Schülerinnen und Schüler, die notabene 80 Prozent aller Bündner Schüler ausmachen, sind benachteiligt. Man sieht das schön auf der Abbildung 2 auf der Seite 595. Alle unsere deutschsprachigen nördlichen Nachbarn haben Englisch als erste Fremdsprache ab der dritten Klasse. Somit ist die innerschweizerische Mobilität heute sehr eingeschränkt. Es wird kaum noch gelingen, Fami-

lien aus Deutschschweizer Kantonen mit Kindern in der vierten bis sechsten Klasse nach Graubünden zu locken, da die Eltern befürchten, dass ihre Kinder einen Nachteil bei der Promotion in die Oberstufe oder in das Untergymnasium haben. Dies führt zu grossen Schwierigkeiten in der Personalrekrutierung für viele Firmen, die auf gute Mitarbeiter angewiesen wären. Wenn man es nüchtern anschaut, werden die deutschsprachigen Kinder in unserem Kanton, die wie schon gesagt 80 Prozent aller Schülerinnen und Schüler ausmachen, diskriminiert und haben so einen grossen Nachteil im Vergleich zu den Schülern der angrenzenden deutschsprachigen Kantone. Man darf auch den Aspekt der immer schneller wachsenden Digitalisierung nicht ausser Acht lassen. Dies wird ein zentraler Punkt der Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz werden. Dafür ist nun einmal Englisch eine fundamentale Grundlage. Wir aber in unserem Kanton wollen da hinter dem Mond bleiben und unseren Kindern den Zugang zum Englisch erst aber der 5. Klasse erlauben. Durch die Reduktion der Fremdsprachenstunden könnte neben der Muttersprache auch Mathematik gestärkt werden. Das wäre dringend nötig. Was eine Vernachlässigung der MINT-Fächer für Auswirkungen haben kann, hat das zuständige Amt selber bei seinen falschen Kostenprognosen zum Schulgesetz und zur Revision des Mittelschulgesetzes leider schon mehrmals selber aufgezeigt. Meine Fraktionskollegin Frau Casanova kann ein Lied davon singen.

Zum Vorwurf, dass diese Initiative die Kultur und den Zusammenhalt unseres Kantons gefährden könnte, möchte ich Folgendes festhalten: Die verschiedenen Kulturen unseres dreisprachigen Kantons können die Kinder auch mit anderen, vielleicht sogar besseren Methoden, wie z.B. Klassenlagern in anderssprachigen Kantonsteilen, kennenlernen. Auch die Möglichkeit, wie fakultative, immersive Sprachangebote anzubieten, könnte auch eine Motivation sein, die Sprachen spielerischer zu lernen und dadurch sogar auch die Qualität zu steigern. Zum Vergleich kann man ruhig auch meine Generation heranziehen, die mit Französisch als erster Fremdsprache in der Oberstufe aufgewachsen ist. Damals hatte niemand das Gefühl, dass dadurch italienisch- oder romanischsprechende Bündner diskriminiert würden.

Zum Schluss möchte ich an Sie appellieren, dass wir auf keinen Fall Sprachen- oder Minderheitenpolitik zu Lasten der Bildung unserer Kinder betreiben dürfen, nur um zu gehorsam übergeordnete, nicht verbindliche Konkordate einhalten zu wollen. Dies wäre im heutigen Umfeld fatal. Die Initiative würde unsere Kinder entlasten und besser auf die künftigen, weltweiten Herausforderungen vorbereiten. Ich bin für Eintreten.

Locher Benguerel: Bevor ich mich inhaltlich äussere, möchte ich meine Rolle in Bezug auf diese Debatte klären. Die Urabstimmung des Verbandes Lehrpersonen Graubünden hat nebst einer tiefen Stimmbeteiligung gezeigt, dass sich die Bündner Lehrerinnen und Lehrer in der Fremdsprachenfrage uneinig sind und die Betrachtungsweise, je nach Sprachregion, sehr unterschiedlich ist. Es gibt also nicht die Meinung der Lehrerinnen und Lehrer. Folglich vertrete ich in der nachfolgenden Debat-

te meine persönliche Meinung und nicht die Meinung des Verbandes.

Ich möchte die Initiative aus sieben Perspektiven beleuchten. Erstens: Dauerthema. Es handelt sich um ein Dauerthema, das vor uns liegt. Die Bildung ist dynamisch, auch in der Frage der Sprachen. Ich kenne die ideale Lösung nicht. Die heutige Lösung ist ein gewachsener Kompromiss mit allen Wenn und Aber. Wir können von der Quadratur des Kreises sprechen, wir können auch von einem Gordischen Knoten sprechen, den wir lösen sollten. Wir merkten dies bereits bei der Debatte rund ums Bündner Schulgesetz. Diejenigen, die damals bereits dabei waren, wissen es. Wir haben in der Kommission mindestens einen Tag um diese Frage runddiskutiert und dann auch in der Debatte hier uns sehr lange damit beschäftigt.

Zweitens: Im Zentrum steht der Schüler oder die Schülerin. Da haben wir auch schon ein paar Ausführungen jetzt von den Vorrednern gehört. Wir werden immer wieder von den Schülerinnen und Schülern sprechen müssen. Das ist wichtig, denn letztendlich geht die Initiative um die Bildung. Die heutige Schule stellt viele Anforderungen. Die Schülerinnen und Schüler gehen unterschiedlich damit um und die Lernentwicklungen sind sehr individuell. Auch in Bezug auf die Fremdsprachen. In Bezug auf das vielfach gehörte Argument der Überforderung ist es mir wichtig, dass wir uns an Fakten orientieren. Und was sagen diese? Es ist grundsätzlich schwierig, allgemeine und definitive Aussagen über die Wirksamkeit des Fremdsprachenunterrichts in der Schule zu machen, weil die Studien schwer miteinander vergleichbar sind. Dies aus drei Gründen. Erstens: Die Sprachkompetenzen setzen sich aus mehreren Fähigkeiten zusammen. Zweitens: Die Studien über die Wirksamkeit sind sehr heterogen und messen ganz unterschiedliche Faktoren. Und drittens: Es haben viele Variablen einen Einfluss, die in den Studien ganz unterschiedlich berücksichtigt sind. Es ist mir aber wichtig zu sagen, taucht eine Überforderung auf, ist es richtig und wichtig, darauf zu reagieren. Wir kennen heute definierte Abläufe und Instrumente dazu, damit es zu einer Entlastung kommt und diese sollten auch in Zukunft mindestens genauso angewendet werden können.

Drittens: Am Schluss dieselben Kompetenzen. Gemäss EDK müssen die Schülerinnen und Schüler am Schluss der obligatorischen Schulzeit dieselben Kompetenzen in Englisch und einer zweiten Landessprache haben. Wird eine Fremdsprache in der Primarschule vermittelt, müsste die Lektionenzahl auf der Oberstufe stark ausgebaut werden, was wiederum den Lerndruck auf die Schülerinnen und Schüler in der Oberstufe erhöht. Somit müsste der Schulstoff von der Primarschule in die Oberstufe verschoben werden und umgekehrt aber dann auch.

Viertens: Konstanz in Bildung bringen. Der Englisch-Unterricht, wie er heute stattfindet, findet erst seit dem Schuljahr 2012/2013 statt. Wir können zum jetzigen Zeitpunkt die Wirkung des Sprachunterrichts noch nicht abschliessend beurteilen. Es gibt eine Studie im Kanton, die im Frühjahr gemacht wurde, dazu hören wir dann vielleicht noch etwas vom Regierungsrat. Ich möchte da nicht darauf eingehen. Was ich aber sagen möchte: Die EDK hat auf 2019 eine Evaluation des Sprachenunter-

richts angekündigt. Eine nationale Evaluation. Es würde Sinn machen, diese Evaluation abzuwarten und danach Schlüsse zu ziehen und Richtungsänderungen zu machen, aber nicht im Alleingang und jetzt. Das scheint mir unsorgfältig.

Fünftens: Wie soll unterrichtet werden? Die zentrale Frage ist das. Was ganz wichtig ist, ist, das hat Grossrat Waidacher auch ausgeführt, dass wir wie bei jedem anderen Schulfach motivierte und gut ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer haben. Das ist der Kern. Bezüglich dem „Wie“ haben wir noch Potential in Graubünden, indem wir die Kantonsprachen erlebbarer machen. Hierzu habe ich vor einiger Zeit einen Auftrag eingereicht, der den schulischen Austausch in Graubünden fördern möchte. Und da, denke ich, da haben wir Potenzial, das noch alles auszubauen, dass wir diese Dreisprachigkeit auch leben.

Somit bin ich beim nächsten Punkt: Die Dreisprachigkeit. Die gehört zur Kultur und Identität Graubündens. Ein Kennenlernen der anderen Sprachkultur in der Kindheit schafft diese Identität und gehört aus meiner Sicht zum Bildungsauftrag in Graubünden.

Und noch zum letzten Punkt: Die nationale Koordination. Die anderen mehrsprachigen Kantone, hier sind verschiedene Tabellen abgebildet in der Botschaft, räumen ihren Kantonsprachen Priorität ein und beginnen wie wir zuerst mit der zweiten Kantonsprache, gefolgt dann von Englisch ab dem 5. Schuljahr. Die Sprachgrenzkantone lernen also zuerst die Sprache des Nachbarn, einfach Französisch, bei uns ist es Italienisch, mindestens eben in Deutschbünden. Die Initiative, die vor uns liegt, die kommt als letzte in einer ganzen Reihe von Abstimmungen dann an die Urne. Ich möchte darauf hinweisen: Alle bisherigen Abstimmungen wurden massiv verworfen in den anderen Kantonen. Zuletzt letzten Sonntag im Kanton Basel-Land. Bei einer Annahme der Initiative könnte Graubünden, und ich gebe zu, wir sind schon eine Sprachinsel, aber Graubünden könnte noch mehr zur Sprachinsel werden.

Bevor ich zum Schluss komme, weil es jetzt bereits geäußert wurde in der Eintretensdebatte, möchte ich auch noch etwas sagen zum Antrag, der dann Andy Kollegger stellen wird und Grossrätin Martha Widmer jetzt schon angekündigt hat, zu dieser Verschiebung. Ich glaube, ich habe mich jetzt sehr intensiv seit 10 Jahren mit dieser Frage beschäftigt, national und kantonale. Wir können jetzt heute schon hingehen und sagen: Geben wir uns noch einmal Zeit. Ich habe mich einfach zu intensiv damit auch schon hier im Parlament und auch anlässlich des Bündner Schulgesetzes damit beschäftigt, als ich jetzt daran glauben würde, dass noch mehr Zeit die Lösung für Graubünden gibt, die dann wirklich für alle Sprachregionen und im ganzen Kontext eine Verbesserung bringt. Ich respektiere das Suchen der Initianten nach einer Lösung. Aber glauben Sie mir, ich bin der Überzeugung, wir drehen uns hier im Kreis. Und auch das, was angekündigt wurde von Martha Widmer, mit dem Immersionsunterricht, ich bin Lehrerin an einer Scola Bilingua in Chur. Ich unterrichte dort den deutschsprachigen Teil an einer immersiven Schule. Das sind sehr erfolgreiche Modelle. Wir kennen sie im Kanton. Diese immersiven Schulmodelle haben wir eingerichtet

zur Förderung der Kantonssprachen, ausserhalb der Sprachgebiete oder in den Sprachgrenzregionen. Und die leisten einen wertvollen Beitrag zur Förderung der Kantonssprachen. Wollen wir aber hingehen, wie es jetzt die Idee von Martha Widmer ist, dass diese Scolas Bilinguas in Italienisch- und Romanischbünden eingerichtet werden, dann haben wir erstens gar nicht die gesetzlichen Grundlagen dazu und zweitens schwächen wir die Erstsprachen in diesen Gebieten massiv. Also auch das müsste ganz genau und sehr fundiert durchdacht werden. In diesem Sinn komme ich jetzt zum Abschluss und ich bin für Eintreten.

Standespräsident Aebli: Gibt es weitere Wortmeldungen der Kommissionsmitglieder? Wenn das nicht der Fall ist, dann sind wir bei der allgemeinen Diskussion. Wer möchte sich zum Eintreten äussern? Grossrat Bondolfi.

Bondolfi: Intervengo quale presidente della deputazione Grigioni Italiano in Gran Consiglio. L'iniziativa sulle lingue straniere ci occupa oramai da cinque anni. Conosciamo perfettamente l'iter che ha seguito questa iniziativa con la prima discussione in Parlamento, poi la sentenza del Tribunale amministrativo, la sentenza del Tribunale federale, adesso di nuovo la discussione in Parlamento. Il denominatore comune dell'iniziativa e del controprogetto è quello di introdurre l'insegnamento di un'unica lingua nella scuola primaria. La deputazione Grigioni Italiano che raccoglie in sé tutti i parlamentari italofoni è contro l'iniziativa e contro il controprogetto. Noi siamo per il mantenimento dello status quo con il modello 3/5, prima lingua precoce in terza elementare, secondo lingua precoce in quinta elementare. È un modello che trae origine da un'armonizzazione introdotta a livello svizzero nel 2003/2004 e che è stata applicata da 23 Cantoni, per cui è un modello rodato che ha dato ottimi frutti. Il Cantone dei Grigioni è l'unico Cantone trilingue in Svizzera, per cui nel nostro caso le lingue hanno anche un forte valore identitario, culturale e di coesione. L'iniziativa e il controprogetto penalizzano i nostri giovani privandoli di importanti competenze linguistiche. E li renderebbe meno concorrenziali nell'ambito di un contesto nazionale e internazionale di grandissima mobilità. Questo noi non ce lo possiamo permettere. Permettetemi due parole sul progetto che è stato già annunciato da parte della collega Widmer-Spreiter, quella dell'insegnamento immersivo. L'ha già detto chi mi ha preceduto che è un modello praticamente poco realistico, se non addirittura utopico, che andrebbe a indebolire massicciamente l'italiano e il romancio nei territori autoctoni. Quello che mi dà un po' fastidio è l'aspetto materiale e anche l'aspetto formale. Ci stiamo occupando da cinque anni con questa tematica, la collega Widmer-Spreiter fa parte della commissione e adesso viene formulata una richiesta per rinviare. Scusatemi, questo non è un simbolo essenza di un lavoro serio e di un lavoro di cattiva legislazione che non può fare scuola in questa sala. Vi ricordo anche che l'iniziativa non ha raccolto nessuna firma nel Grigioni italiano, nessun insegnante sostiene questa iniziativa. Questo cosa sta a significare? Sta a significare che l'introduzione di ciò che vuole l'iniziativa andrebbe a sconfessare un'intera regione linguistica

del Cantone dei Grigioni. Anche questo non ce lo possiamo permettere. Il collega Weidacher prima di me ha sottolineato quante altre possibilità ci sarebbero per rafforzare la coesione, se avete ascoltato bene ha sempre utilizzato il condizionale. È vero, sì per sé ci potrebbero essere anche altre soluzioni, ma la soluzione primaria garante della coesione nel Cantone dei Grigioni è l'apprendimento della lingua del vicino. Noi in tutti questi anni da quando c'è il Cantone dei Grigioni siamo riusciti a mantenere la coesione grazie al fatto di poterci parlare fra di noi nelle nostre lingue.

Erlauben Sie mir kurz, das noch auf Deutsch zusammenzufassen: Ich bin der Präsident der parlamentarischen Gruppe der italienischsprachigen Parlamentarier im Grossen Rat. Wir sind einstimmig gegen die Initiative und gegen den offiziellen Gegenvorschlag und das hybride Wesen, das jetzt da angekündigt worden ist. Ich habe das vorhin schon bereits erwähnt. Die Initiative hat in Südbünden keine einzige Stimme für sich gewinnen können. Kein Lehrer unterstützt sie. Wir würden eine ganze Sprachregion desavouieren, wenn wir jetzt diese Initiative oder einen oder beide Gegenvorschläge einführen möchten. Das wollen wir nicht. Ich glaube, die Initiative ist auch der falsche Lösungsansatz zu einem Problem, das in der Dimension, wie von den Befürwortern behauptet wird, gar nicht besteht. Das Hauptziel der Initiative soll dazu führen, dass die Kinder, die Mühe haben mit dem Erlernen von zwei Sprachen, entlastet werden. Das heutige Schulgesetz kennt bereits eine Reihe von sonderpädagogischen Massnahmen, Lernzielanpassungen oder sogar die Dispensierung. Eine Umfrage, die im Jahre 2013/2014 gemacht worden ist vom Amt für Volksschule und Sport, hat ergeben, dass lediglich 4,6 Prozent eine Lernzielanpassung bei den Fremdsprachen beantragt haben. Das zeigt, dass die Überforderung so, wie sie behauptet wird, gar nicht besteht. Das von der Sprachinsel ist bereits gesagt worden, das würde den Kanton Graubünden ins bildungspolitische Abseits führen. Bleiben wir bei dem, was wir haben, Modell 3/5. Ich bin für Eintreten und wir werden dann sowohl gegen die Initiative als auch gegen beide Vorschläge sein.

Kollegger: Den Antrag, den ich Ihnen jetzt stellen möchte und auch begründen werde, haben Sie bereits angekündigt erhalten. Ich denke, es ist an der Zeit, dass wir uns über diesen Antrag unterhalten, wenn Sie erlauben. Der Antrag lautet wie folgt, Sie haben ihn vermutlich auf dem Mail-Weg bereits erhalten: „Auf die Vorlage sei einzutreten und das Geschäft sei unter Beachtung der geltenden Fristen für weitere Abklärungen an die zuständige Kommission zurückzuweisen.“

Ich begründe den Antrag wie folgt: Es kann nicht sein, was nicht sein darf. Unter dieser Prämisse haben Regierung, eine Mehrheit des Grossen Rates und mit gütiger Mithilfe einer sehr einseitig oder wie letzten Donnerstag der Engadiner Post sogar nachweislich falsch berichtenden Medien alles unternommen, die Initiative zu blockieren, zu bekämpfen, zu verhindern, zu verzögern. Exemplarisch die Aktivität der Regierung in den letzten Tagen. Wenn nur ein Bruchteil dieser Ressourcen statt in die Bekämpfung irgendeines konstruktiven Vorschlags

in dessen Ermöglichung gesteckt worden wäre, wären wir der Lösung wohl schon ein recht grosses Stück näher. Auch wenn dabei äusserst ungeschickt agiert wurde, so resultierte doch eine Verzögerung von mindestens zwei Jahren. Doch Politik wurde vor Didaktik gerückt. Sprachenpolitik vor Bildungspolitik. Die Regierung schreibt in der Botschaft selbst, dass Graubünden einen Sonderfall darstelle, gibt sich aber keinerlei Mühe, zu hinterfragen, ob dies eher ein Vorteil oder eher ein Nachteil ist. Man lässt es einfach wie es ist. Von der allgemeinen Anregung fühlt sich die Regierung nicht ange-regt, sondern sie regt sich darüber auf. Die Botschaft ist ausschliesslich kritisch, aber leider kein bisschen selbst-kritisch. Sie enthält nur Punkte, die glaubhaft machen sollen, warum die allgemeine Anregung nicht auf-genommen werden kann. Eine seriöse Auseinandersetzung mit diesem Thema sieht definitiv anders aus und hätte irgendwann auch einmal ein Gespräch mit den Initianten und mit den Betroffenen verlangt.

Ich habe, meine Damen und Herren, ich habe in den letzten Tagen sehr sehr viele Gespräche geführt, unter anderem auch mit Vertretern der Sprachenorganisa-tionen. Es waren sehr sehr gute Gespräche. Es waren berei-chernde Gespräche. Es waren konstruktive Gespräche. Und ich habe Folgendes festgestellt, meine Damen und Herren. Erstens: Die Sprachenorganisationen und alle Leute, mit denen ich gesprochen habe, verteidigen ihre Sprache nach Kräften. Das ist ihre Aufgabe. Und das ist gut so. Das ist zwar eine wichtige, aber nur eine Sicht der Dinge. Zweitens: Die Romanen und Italienischbünd-ner wollen nicht, dass ihnen jemand sagt, was sie ma-chen müssen. Das verstehe ich sehr gut, dass sie das nicht wollen. Genau das ist aber umgekehrt jetzt das Problem bei den Deutschbündnern. Und drittens: Viele zeigen Verständnis für, ja mehr noch, sie üben sogar selber Kritik am heutigen Sprachensystem, denn es nützt niemandem etwas, wenn viel Zeit in etwas investiert wird und erschreckend wenig davon übrigbleibt.

Das Ganze, Sie haben es in verschiedenen Eintretensvo-ten bereits gehört, das Ganze brodeln bereits eine ganze Weile lang. Ich möchte Sie in diesem Zusammenhang an die Debatte zum Volksschulgesetz im Dezember 2011 und im März 2012 erinnern, die damalige Kommissions-präsidentin hat das bereits angesprochen. Praktisch alles, was dort gesagt wurde, wird heute vermutlich wieder vorgebracht werden. Vielleicht mit geringfügigen Nuan-zen in der Formulierung. Aber im Kern werden die An-liegen, die Voten die gleichen sein wie damals. Das zeigt doch, wir haben das Problem. Und das Problem ist da. Und das schon länger. Und wir haben auch Jahre später keine Lösung. Wir sind kein bisschen weiter. Wenn wir das nicht lösen, wird der Konflikt weiter anschwellen. Irgendwann wird eine seriöse Evaluation des heutigen Sprachenunterrichts zeigen, wie dringlich der Hand-lungsbedarf gewesen wäre.

Die Lösung, meine Damen und Herren, die Lösung liegt nicht darin, das Thema einfach vom Tisch zu wischen. Es ist wie in anderen Konflikten, sie lösen sich nicht auf, nur weil man einfach nicht mehr miteinander darüber sprechen möchte. Im Gegenteil. Wie heisst es in einer Konfliktsituation zwischen zwei Parteien oder wie lautet die erste Frage? Ja, habt ihr eigentlich schon mal mitei-

einander gesprochen? Genau das will ich mit meinem Antrag erreichen. Es sollen sich alle an einen Tisch setzen, einander in die Augen schauen und gegenseitig ihre Argumente austauschen. Und wenn wir im aller-schlechtesten Fall nur ein gewisses Verständnis fürs Gegenüber erzielen könnten, wäre das schon ein erhebli-cher Gewinn. Vielleicht lässt sich aus der Diskussion heraus aber auch eine Verbesserung der heutigen Situa-tion erzielen. Es ist ja nicht verboten, das Bestehende zu optimieren. Eine Verbesserung wäre für alle Beteiligten ein Gewinn und es könnten vermutlich alle damit leben. Das wäre ein echter Fortschritt.

Der Vorschlag Widmer ist dabei nur eine von vielen Möglichkeiten. Mein Antrag meine Damen und Herren, das möchte ich hier wirklich klar betonen, mein Antrag ist nicht das Modell Widmer. Sondern mein Antrag ist, dass wir uns an den Tisch setzen wollen und über die Situation und über zielführende Verbesserungsmögli-keiten sprechen wollen. Ergebnisoffen und dem Ziel verpflichtet, eine Verbesserung der heutigen Situation zu erzielen. Es geht also weder um einen möglichen Erfolg für die BDP, es geht auch nicht um einen Erfolg für Grossratskollegin Widmer, sondern es geht um die Sa-che. Es geht um die Kinder. Es geht um die Behebung der Mängel an einem Konzept, das in allen Bereichen gescheitert ist. Ich kann mir vorstellen, dass einige von Ihnen für meine Worte wenig bis nicht empfänglich sind, daher auf einem Bild, was der Antrag will. Wir bieten Hand für eine mögliche Lösung oder im Minimum für eine Verbesserung der aktuellen Situation. Meine Damen und Herren, das ist es, was ich mit meinem Antrag errei-chen möchte, eine Handreichung.

Sie wissen, ich werde in der kommenden Legislatur nicht mehr hier unter Ihnen sitzen. Ich habe mich eigentlich auch auf eine ruhige Abschluss-session eingestellt. Es ist anders gekommen und das gehört dazu. Und auch das nehme ich gerne an und werde mich auch in dieser Ses-sion nochmals engagieren, so wie ich das in den letzten Sessionen versucht habe. Aber genau dieses Zufällig-keitsprinzip zeigt doch, dass der Zeitpunkt, wann man diese Vorlage behandeln, eigentlich relativ willkürlich oder sagen wir von der Regierung klar platziert worden ist. Sie hätte noch ein halbes Jahr durchaus Zeit haben können. Hand aufs Herz, hätte jemand von Ihnen inter-veniert und gesagt, bringt mal die Botschaft, wir wollen das jetzt endlich vom Tisch haben? Ich denke nicht. Es wäre jetzt eine erste gute Gelegenheit, meine Damen und Herren, den Tatbeweis für die mantramässig verwendeten Wahlslogans wie „Offen für Neues“, „Fortschritt in Graubünden“ usw. zu erbringen.

Zusammenfassend sprechen diese fünf Gründe für eine Verschiebung und damit für meinen Antrag. Erstens: Die Fristen lassen eine Verschiebung zu. Ganz wichtig. Zweitens: Gespräche sind dringend nötig und nicht zum vornherein aussichtslos, auch wenn Zweifel bestehen, dass wir eine Lösung finden. Aber sie sind nicht zum vornherein aussichtslos. Drittens: Die Initianten und Roman Hug, der Urheber des Gegenvorschlags, sind mit einer Verschiebung einverstanden. Viertens: Die Spra-chenorganisationen wehren sich nicht gegen eine Ver-schiebung. Ergo, sie können sich mit einer Verschiebung vermutlich anfreunden, sonst hätten sie diesen Antrag,

den sie auch schon zur Kenntnis erhalten haben, bekämpft. Und fünftens: Die Kommission, ihre Fachkommission, die KBK ist bereit, das Geschäft zurückzunehmen. Unterstützen Sie bitte deshalb meinen vermittelnden Antrag. Nehmen Sie die dargebotene Hand an.

Antrag Kollegger

Auf die Vorlage sei einzutreten und das Geschäft sei unter Beachtung der geltenden Fristen für weitere Abklärungen an die zuständige Kommission zurückzuweisen.

Pult: Ich hatte mich auch auf eine ruhigere letzte Session eingestellt. Aber eigentlich, ruhige Sessions sind sowieso etwas nicht besonders Anstrengenswertes, Kollege Kollegger. Die Regierung hat sehr viel Kritik einstecken müssen, von all denjenigen, die mehr oder weniger offen mit der Initiative sympathisieren. Und die Kritik ist eigentlich auf zwei Schienen formuliert worden. Einerseits etwas formal. Man sagt, die Regierung hat die Initianten nicht ernstgenommen, hat sich nicht an einen Tisch gesetzt mit den Initianten, hat nicht auf Basis dieser Initiative eine Lösung gesucht, möglichst breit. Und die zweite Kritik ist vor allem inhaltlich. Man sagt, die Regierung, die stellt Sprachenpolitik über Schulpolitik, will sich gar nicht einlassen auf die didaktischen, pädagogischen Fragen. Sieht das nur aus einer staatspolitischen, sprachpolitischen Perspektive an.

Ich finde beide Kritiken, die geäußert werden, daneben, muss ich sagen. Erstens einmal: In unserem Staat hat das Volk sehr weitgehende Rechte. Das ist gut so. Das finden wir alle toll. Was es nicht gibt, ist ein Recht darauf, nur weil man eine Initiative eingereicht hat, dann auch noch irgendwie privilegiert behandelt zu werden von der Regierung. Dieses Recht gibt es nicht. Man muss korrekt behandelt werden innerhalb der Fristen. Und ich gebe zu, im vorliegenden Fall gibt es ein unschönes Element, nämlich die Fehleinschätzung, die juristische Fehleinschätzung der Regierung und uns, auch von mir, des Grossen Rates, dass diese Initiative so diskriminierend ist, dass sie ungültig war. Das ist unschön und dass da Frust bei den Initianten vorliegt, ist legitim. Ich möchte aber einfach hier schon vor Augen führen, was das Bundesgericht dann am Schluss gesagt hat, in einem drei-zu-zwei-Entscheid. Das Bundesgericht hat gesagt, die Initiative, etwas salopp, die Initiative ist zwar diskriminierend von der Grundausrichtung her, aber sie könnte so umgesetzt werden, dass die Diskriminierung nicht drin wäre und deshalb in dubio pro populo. Das war eigentlich die Sentenz des Bundesgerichts. Das heisst, dass die Stossrichtung einer Diskriminierung in der Grundidee bei dieser Initiative vorhanden war, ist eigentlich unbestritten. Sie war einfach nicht genügend klar diskriminierend beziehungsweise sie lässt noch so viel Handlungsspielraum, dass man mit unglaublichen, extrem teuren Verrenkungen sie hätte vielleicht irgendwie umsetzen können, ohne dass es gegen die Bundesverfassung und die Kantonsverfassung verstossen hätte. Das ist die Ausgangslage. Auch deshalb finde ich es nicht korrekt, hier die Regierung zu kritisieren auf der formalen Ebene.

Inhaltlich finde ich es auch nicht korrekt. Natürlich tönt es gut, wenn man jetzt hier heute sagt, ja man soll das vor allem pädagogisch, aus Sicht der Kinder, aus Sicht

der Didaktik anschauen, vielleicht noch aus Sicht der Lehrpersonen anschauen. Aber wir müssen schon wissen, worüber wir sprechen. Und der Präsident der Deputation der italienischsprachigen Grossrätinnen und Grossräte hat es gesagt: In erster Linie ist diese Initiative eine klare Bekundung des mangelnden Respekts, der Desavouierung, ich würde sagen des Angriffs auf die Minderheitssprachen in diesem Kanton, die nach Kantonsverfassung und nach unserer Identität gleichberechtigt sein müssen, gleichberechtigt. Indem sie eine kantonale Volksinitiative lancieren in diesem Kanton, und sie sammeln null Unterschriften in einem ganzen Sprachgebiet, null, dann ist das nur schon von diesem Punkt her gesehen problematisch.

Dann noch etwas zur Überforderung der Kinder: Natürlich gibt es Kinder, die überfordert sind mit zwei Fremdsprachen auf der Primarstufe. Es gibt auch Kinder, die überfordert sind mit Mathematik. Und es gibt Kinder, die in ganz anderen Bereichen überfordert sind. Und ich will das ernst nehmen, muss man im Einzelfall auch tun. Was mich aber aufregt an dieser Diskussion, ist Folgendes: Man hat noch nie gehört, dass ein Kind, beispielsweise in der Mesolcina, dass die Kinder in der Mesolcina generell überfordert sein sollten. Noch nie. Und wenn man unseren Kanton kennt und wenn man die Realität beispielsweise in der Mesolcina kennt, dann weiss man, dass es doch für die Kinder in der Mesolcina objektiv betrachtet schwieriger ist, mit den Sprachen zurecht zu kommen, als für die Kinder im Prättigau oder in Chur. Schwieriger ist. Die Mesolcina ist total ausgerichtet auf das Tessin, lebt in einer total italophonen Welt und sie müssen Deutsch und Englisch lernen. Das ist objektiv schwieriger als jedes Kind es im deutschsprachigen Teil unseres Kantons hat. Aber die jammern nicht, dass die alle total überfordert sind und dass man jetzt das Deutsche rauswerfen müsste. Warum nicht? Logischerweise weil Deutsch für sie sehr wichtig, überlebenswichtig ist. Und weil sie als Minderheit nie die Mehrheit in Frage stellen würden. Aber die Mehrheit, die darf die Minderheit in Frage stellen. Also wenn man heute sagt von Seiten der Befürwortern oder der Freundinnen und Freunde der Initiative oder all denjenigen, die da diese abenteuerlichen Gegenvorschläge vorantreiben, man tue das im Interesse der Kinder, dann meint man das vielleicht, man tut es im Interesse der Kinder. Aber was man sicher nicht macht, man macht es nicht im Interesse der Kinder, die in Italienischbünden leben und macht es ganz sicher auch nicht im Interesse der Kinder, die in Romanischbünden leben. An die Kinder denkt man nicht. Man denkt nur an die deutschsprachigen Kinder. Und das ist grundfalsch in einem Parlament eines dreisprachigen Kantons, wo verfassungsmässig festgelegt ist, dass die drei Sprachen gleichberechtigt sind. Das dürfen wir nicht tun. Es ist doch völlig klar, dass die Regierung völlig zurecht die staatspolitische, sprachpolitische Ebene über die anderen Ebenen ordnet.

Kollege Kollegger hat gesagt, alle Slogans im Wahlkampf „Bereit für Neues“ und auch der Slogan, der mir besonders gut gefällt, „Fortschritt für Graubünden“ nicht „in“, „für“ Graubünden, dass man hier jetzt den Beweis antreten könne, dass die Slogans auch mit Inhalt gefüllt werden können. Ich kann Ihnen etwas sagen, Kollege

Kollegger: Jetzt dieser Initiative zuzustimmen oder jetzt einem Gegenvorschlag zuzustimmen, heisst nicht Fortschritt, sondern heisst Rückschritt für Graubünden. Rückschritt im Bereich des Sprachfriedens, Rückschritt im Bereich der Identität, der dreisprachigen Identität unseres Kantons, Rückschritt auch im Bereich der Schule. Man hat viel investiert in diesen Sprachunterricht und ich weiss es doch auch, ich bin Lehrersohn, ich weiss es doch auch, dass es noch nicht optimal ist in der Schule mit dem Italienischunterricht und vielleicht auch nicht mit dem Englischunterricht. Aber es wurde viel investiert, sehr viele Lehrpersonen im ganzen Kanton unterrichten engagiert und motiviert. Das Meinungsbild hat sich in meiner Wahrnehmung auch schon ein bisschen verändert. Vor fünf oder vor zehn Jahren war die Ablehnung noch viel grösser gegen die zwei Fremdsprachen bei der Lehrerschaft. Heute ist sie so fifty-fifty. In Italienischbünden unterstützt keine einzige Lehrperson irgendein Ansinnen in diese Richtung, weil sie die Realität als Minderheitenregion natürlich kennen. Und deshalb glaube ich, es wäre auch ein Rückschritt in Bezug auf die Investitionen, die wir getätigt haben in diesem Bereich. Es wäre auch ein finanzieller Rückschritt. Denn ich kann Ihnen garantieren, jede Lösung, die entweder bei der Annahme einer Initiative oder bei der Annahme eines der Gegenvorschläge irgendwie umgesetzt werden könnte, das noch den bundesgerichtlichen Vorgaben entspricht, haben Sie das Urteil gelesen? Die Vorgaben des Bundesgerichts sind sehr sehr eng, wäre enorm teuer für unseren Kanton. Ich sehe da den Fortschritt wirklich nicht.

Und zum Schluss noch dies: Kollegin Locher hat es erwähnt, nicht nur dieses Parlament, sondern sehr viele Leute im Bereich der Schule beschäftigen sich mit diesem Thema seit Jahren, seit vielen Jahren. Und die perfekte Lösung, die gibt es nicht. Aber das ist jetzt der gewachsene Kompromiss, der noch nicht lange getestet ist, der zu funktionieren beginnt und der auch kompatibel ist, in einer Linie steht mit dem nationalen Kompromiss, dem 92 Prozent der Bevölkerung unseres Kantons auch unterworfen sind. Ich glaube, jetzt hier als Kanton Graubünden das Zeichen zu setzen, zu sagen als Parlament des Kantons Graubündens, wir wollen einen anderen Weg gehen, wir erachten irgendwelche Hoffnungen, abenteuerliche Hoffnungen, unwahrscheinliche Hoffnungen auf irgendein Kompromiss, auf einen Gegenvorschlag, bei dem man schon heute sagen kann, dass er nicht funktionieren wird mit einem vernünftigen Aufwand, höher als den Kompromiss, den es national gibt, der immer wieder bestätigt wurde in Volksabstimmungen, in allen Kantonen, die darüber befunden haben, und der vereinbar ist mit den Grundwerten unseres dreisprachigen Kantons, wäre verantwortungslos. Wir müssen auch nicht so tun, als ob wir jetzt mehr Zeit bräuchten. Das ist doch Augenwischerei. Wir kennen alle Optionen. Die, die sich damit befasst haben, seit Jahren diskutieren wir alle Optionen. Niemand ist 100 Prozent glücklich mit der heutigen Lösung. Aber sie ist die Lösung, die ich für den Kanton Graubünden, für unsere drei Sprachen, für den Zusammenhalt, für den Sprachfrieden in diesem Kanton, für akzeptabel halte und in den Jahren sicherlich besser werden wird. Fortschritt bedeutet etwas zu neh-

men, was besteht und es zu verbessern. Nicht rückwärts zu gehen. Ich bitte Sie eindringlich, die Initiative zur Ablehnung zu empfehlen und nicht auf irgendwelche abenteuerlichen Gegenvorschläge einzutreten. Sondern dem Volk die Möglichkeit zu geben, wie in den anderen Kantonen, darüber abzustimmen, ob man jetzt wieder zurück will beim Fremdsprachenunterricht oder ob man auf der Basis des Status quo Verbesserungen erreichen möchte.

Mani-Heldstab: Wir sprechen nun seit Jahren über die Fremdsprachen, darüber, welche Sprache wann eingeführt werden soll. Und wir vergessen dabei, dass diese Diskussion eigentlich in die falsche Richtung läuft. Sie artet auch jedes Mal in eine Grundsatzdiskussion über das Sein oder nicht Sein vom Italienischen aus. Und dabei geht völlig unter, dass Kinder, die im romanischen oder italienischen Sprachgebiet aufwachsen dürfen, dass diese Kinder ein riesengrosses Plus mitbekommen. Nämlich das, dass sie quasi von Beginn an zweisprachig aufwachsen dürfen. Die Muttersprache aktiv und Deutsch nebenbei passiv, weil es überall präsent ist. Und trotzdem grassiert im italienischen Bündner Teil oder auch im romanischen Teil von Graubünden, diese riesengrosse Angst, dass diese Kinder zu kurz kommen. Wir sprechen ständig von Gleichbehandlung und meinen Gleichmacherei. Sehen Sie, wer sich im Bildungs- und Erziehungswesen beschäftigt, weiss, dass es die totale Chancengleichheit niemals geben wird und auch nicht geben muss. Lassen Sie mich ein Bild dazu illustrieren: Stellen Sie sich vor, da sitzt eine Lehrperson vor einem wunderschönen Baum, vor sich hat er eine bunte Schar, da sitzt ein flinkes Eichhörnchen neben einem behäbigen Krokodil und einem gemütlichen Flusspferd, dort hockt ein buntes Vögelchen, gerade noch knapp auf der Stuhllehne, und beobachtet das quirliche Äffchen, das sich gerade einem Goldfisch im Glas annimmt. Ich könnte diese Schar noch viel weiter ergänzen. Interessant ist aber vielmehr, was die Lehrperson vorne auf die Tafel notiert hat, nämlich die Tagesaufgabe, die da heisst: Bis heute Abend treffen sich alle oben auf dem Baum. Das ist doch die schulische Realität, liebe Kolleginnen und Kollegen, und das untermalt die völlig unrealistische Forderung nach Gleichbehandlung aller. Gestern ist ein Begriff gefallen, von einem Kollegen auf der SVP-Seite, von Andi Davaz, er hat von einem ökonomischen Alphabetismus gesprochen. Die Wirtschaft bedrängt die Bildungspolitik seit Jahren mit der Forderung nach mehr MINT-Fächern. Unsere Schule ist aber sehr sprachlastig, wie wir wissen. Auch besteht die Forderung nach Stärkung der Basissprache Deutsch und eben Englisch als favorisierte Fremdsprache im Kanton Graubünden. Das ist eine Tatsache, der müssen wir uns stellen. Und dass Englisch offensichtlich eine Erfolgssprache ist, das zeigt kürzlich der vom EKUD veröffentlichte Bericht, ein taktisch sehr guter Schachzug des EKUD, um die Sprachendiskussion ein bisschen zu entschärfen. Denn es ist so, liebe Kolleginnen und Kollegen, über Englisch müssen wir hier drin ja wirklich nicht diskutieren, Englisch lernen ist in, weil unsere Kinder tagtäglich im englischen Sprachenbad sind und es eben auch einfacher lernen.

Nun, unser Sprachenkonzept fordert ebenfalls, dass am Ende der obligatorischen Schulzeit alle dasselbe Sprachportfolio in Deutsch, Italienisch und Englisch vorweisen sollten. So viel zum Thema Gleichbehandlung. Und es wurde vieles dazu unternommen, ich glaube, das kann man wirklich sagen, es wurde immer wieder aufgelistet, auch finanziell, und man hat alles versucht. Aber trotzdem stehen wir vor der Tatsache, dass es nicht den gewünschten Erfolg gebracht hat und dass z.B. Oberstufenlehrpersonen mit der ersten Fremdsprache Italienisch faktisch wieder bei null beginnen müssen.

Nun, was können wir mit diesem Ergebnis tun, mit dieser Ausgangslage? Wir können so tun, als existiere sie nicht, wir können sie mit übergeordnetem Recht und irgendwelchen Einheiten der Materie negieren. Wir können es uns auch einfach machen, indem wir einfach sagen: Ja wer es nicht kann, der kann ja vom Lernziel befreit werden. Also das ist dann für mich wirklich nicht das Szenario, das in einem Schulbetrieb gewünscht werden kann. Oder aber, wir können doch Massnahmen andenken, die eine Verbesserung einläuten können, einen Marschhalt einschalten. Das braucht sicherlich Mut, sich einzugestehen, dass etwas, das wir in guten Treuen und mit gutem Willen gedacht haben, dass es funktioniert, dass das jetzt einfach offensichtlich nicht den gewünschten Erfolg gebracht hat. Und da können wir einfach die Augen davor verschliessen oder wir können sagen: Okay, das nehmen wir sehr sehr ernst, denn die verschiedensten Initiativen in allen Kantonen, auch wenn sie abgelehnt worden sind, es gibt auch gute Gründe, warum sie zum Teil abgelehnt worden sind, aber es zeigt doch, es ist Ausdruck dessen, dass ein Unmut besteht, dass etwas in diesem System nicht stimmt. Und da müssen wir uns doch über das System unterhalten und nicht darüber, welche Fremdsprache wann, sondern es geht doch darum, dass unsere Kinder eine Fremdsprache lernen auf der Primarstufe. Es spielt doch keine Rolle, welche. Wenn man einmal eine Fremdsprache gelernt hat, da erkennt man das System. Und das beste System ist, erinnern Sie sich auch an unsere Generation, wie es Kollege Waidacher gesagt hat, wir lernten alle Französisch als erste Fremdsprache und erst noch auf der Oberstufe. Und Graubünden ist niemals auseinandergefallen. Der Sprachenfrieden war nie, in keiner Art und Weise gefährdet, Gott sei Dank nicht, oder? Oder es gab dann noch die andere Möglichkeit, dass man am Ende der Schulzeit eben ins Welschland geht für ein Jahr oder nach England oder wo auch immer, und man hat die Sprache gelernt. Weil eine Sprache kann man ein Leben lang lernen. Das ist eben der Vorteil. Die MINT-Fächer und die anderen Basisgrundlagen und auch die sogenannten weichen Fächer, die eben Kopf, Herz und Hand unterstützen, die dürfen einfach nicht zu kurz kommen zugunsten einer Sprachenpolitik, die enorm viel Aufwand braucht und eigentlich leider den Verleider macht bei vielen Schülern, die keine Freude mehr an anderen Sprachen und dadurch auch an anderen Kulturen mehr haben. Lassen wir uns jetzt doch nicht drängen, schenken wir uns diesen Marschhalt und überdenken wir die Situation mit einem neuen Lösungsansatz noch einmal, ich bitte Sie. Und vor allem: Denken wir an unsere Kinder. Sie baden das aus, was wir entscheiden. Ich

danke Ihnen und ich bin für Eintreten und hoffe, Sie werden auch diesem Verschiebungsantrag zustimmen.

Märchy-Caduff; Kommissionspräsidentin: Die KBK hat sich gestern, am Montagmittag, zu einer kurzen Aussprache zum vorliegenden Antrag getroffen. Fünf der neun anwesenden Kommissionsmitglieder haben sich für den vorliegenden Antrag Kollegger, also für die zeitliche Verschiebung der Debatte ausgesprochen. Interessant ist, dass durch den Antrag, der seit kurzer Zeit publik ist, eine enorme Dynamik entstanden ist. Plötzlich kamen und kommen von verschiedenen Seiten, den Sprachorganisationen, dem Schulbehördenverband, Stellungnahmen und Empfehlungen zur Ablehnung. Es wurde offen kommuniziert. Auch ich war im Gespräch. Ich konnte mit verfolgen, welche Dynamik die Idee Widmer-Kollegger genommen hat, spannend. Und auch die Regierung und die Fraktionen, die Mitglieder, wurden informiert. Erstaunlich, von Seiten der Regierung kam dann prompt ein Argumentarium gegen diesen neuen Vorschlag. Es wird also von verschiedenen Seiten versucht, die Diskussion im Keim zu ersticken. Ich bin auch Lehrperson einer immersiven Klasse in Domat/Ems. Meine Schüler haben 50 Prozent des Unterrichts romanisch und 50 Prozent deutsch. Vor vier Jahren hatte ich eine Klasse mit 21 Kindern. Zehn davon konnten kein einziges Wort romanisch, als sie mit der ersten Klasse begonnen haben. Jetzt, in der vierten Klasse, sprechen sie romanisch. Ich sehe einfach eine riesige Chance im immersiven Unterricht. Und genau diesen Fragen möchte ja dieser Aufschub, diese Verschiebung nachgehen. Wäre das eine Chance, dieser immersive Unterricht?

Und nun muss ich noch zur Aussage meines geschätzten Kollegen Bondolfi etwas sagen. Er meint, dass, weil so wenige Kinder in unserem Kanton befreit werden von den Sprachlektionen, dass das der Beweis sei, dass alle dem Unterricht gut folgen können. Gestern in der Beratung der Jahresrechnung beim Thema EKUD habe ich die Frage gestellt wegen den fast 2000 Kindern, die jährlich vom schulpsychologischen Dienst abgeklärt werden müssen. Diese Kinder werden nicht aus Spass abgeklärt. Diese Kinder, da ist etwas, dem man nachgehen muss. Sie haben Schwierigkeiten. Also, es kann mir niemand sagen, es gibt keine oder fast keine überforderten Kinder in unserer Volksschule. Ich habe beim AVS an unserer Kommissionssitzung nachgefragt, ja warum gibt es so wenige? 0,0 Prozent Kinder, oder 0,01 Prozent Kinder werden befreit. Warum ist das so? Die Antwort, eine Antwort war: Ja, vielleicht tun sie dann noch den Knopf auf, später in der Oberstufe. Ja, vielleicht. Ich denke, der Grund dafür ist, dass die Befreiung von diesen Lektionen mit sehr viel Kosten verbunden ist. Diese Kinder müssen ja dann betreut werden während diesen Stunden, wo sie nicht im Unterricht drin sind. Aber man nimmt lieber das in Kauf, dass die Kinder einfach da sind, dem Unterricht nicht folgen können, aber sie sind anwesend und sie sind integriert.

Noch zum Vorgehen: Falls dem Antrag Kollegger stattgegeben wird, dann geht das Geschäft einfach an die KBK zurück. Was dann die KBK damit macht, das steht noch offen, also darüber haben wir noch nicht befunden.

Claus: Ich möchte darauf hinweisen, was Sie kurz angesprochen haben. Was geschieht, wenn wir zurückweisen? Ich habe auch die Fristen nachgeschaut. Die Kommission hat ein halbes Jahr Zeit in einer ersten Phase das Geschäft wieder zu bringen. Sie kann auch mit unserem Einverständnis diese Frist um ein weiteres halbes Jahr erstrecken. Das eröffnet sehr viele Perspektiven. Wir haben den Departementschef, der wechselt, wir haben die KBK, die sich erneuern wird in dieser Phase. Das sind Chancen, um diese Sprachen, nicht Politik, sondern diesen Sprachenunterricht anzuschauen. Ich möchte hier meine Rolle auch offenlegen, Frau Locher hat das auch getan. Ich war einer der grössten Befürworter des Frühenglischen und habe sehr dafür gekämpft. Ich sage Ihnen auch gegen wen, aufs Blut bekämpft, um es einmal polemisch auszudrücken: Gegen unseren Regierungsrat heute, gegen Martin Jäger, der das bekämpft hat. Er hat damals gesagt, dass sich das nicht realisieren liesse, dass wir diese Ziele nicht erreichen würden. Ich war der Meinung, wir erreichen diese Ziele. Im Nachhinein muss ich ihm sagen, dass wir diese Lernziele, und dazu stehe ich, die wir geglaubt haben zu erreichen bis zum Ende der obligatorischen Schulzeit, um diese Lernziele geht es, es geht nicht um die Ziele nach der Primarschule, sondern nach der obligatorischen Schulzeit, wir erreichen diese Ziele nicht. Das ist das Einzige, was in dieser Diskussion auch von Gian Paolo Curcio gesagt wurde. Ich zitiere ihn hier: „Einig ist man sich in den Fachkreisen, dass der traditionelle Sprachenunterricht nur bedingt zu den Zielen führt, die man gerne erreichen möchte.“ Das ist noch sehr vorsichtig ausgedrückt. Man erreicht diese Ziele eben nicht.

Was bedeutet das jetzt für uns? Wenn ich meine Rolle weiter betrachte, dann kann die Initiative, die Initiative wollte am Anfang nur eine Fremdsprache, ohne zu sagen, welche. Ich war dabei, Herr Kollegger, das wissen Sie. Ich bin in dem Moment ausgestiegen, als klar war, dass es sich um Englisch handeln soll. Das ist auch der Grund, warum ich nachher dann, falls wir eintreten und Ihr Antrag abgelehnt wird, was ich nicht hoffe, für den Gegenvorschlag bin. Ich glaube tatsächlich, dass wir in Graubünden eine Sprachinsel sind, das ist Realität. Wir sind sprachlich nicht wie unsere nördlichen Nachbarn ausgerichtet. Wir müssen eine Insellösung treffen. Diese Insellösung haben wir noch nicht geboren und sie ist auch noch nicht tauglich. Sie führt nicht zu den Resultaten. Und hören Sie auf die Spezialisten, das wird auch von Seiten Frau Märchy betont. Wenn man ehrlich ist, sind wir nicht an diesem Ziel. Wenn ich Herrn Pult zugehört habe in seiner flammenden Rede, hat er von Sprachpolitik gesprochen, dasselbe gilt auch für meinen Kollegen Ilario Bondolfi, Ihr habt Recht, wenn ihr Sprachenpolitik betrachtet, aber im Ziel bei den Kindern sind wir nicht dort, wo wir sein müssen. Das ist so. Und ich glaube, im Unterricht, in der Schule, wer steht im Zentrum? Es müssen die Kinder sein. Es soll Sprachpolitik sein an zweiter Stelle. Es muss darum gehen, dass wir einen Sprachfrieden erhalten können, der ist sehr wichtig. Aber wir dürfen die Kinder dabei nicht vergessen. Und das Resultat müsste für mich nach der obligatorischen Schulzeit, die alle Kinder durchlaufen, stimmen. Und das tut es eben nicht.

Ich glaube, wir haben mit der dargebotenen Hand der Initianten, die vielleicht auch gemerkt haben, dass mit reinem Englisch hier vielleicht doch der Blumentopf nicht zu gewinnen ist, auch inhaltlich nicht, sie bieten Hand, dass wir noch einmal darüber nachdenken können mit einer frischen KBK, mit einer frischen Regierung. Ich glaube, das ist notwendig. Und ich glaube, es ist richtig, dass wir hier diesen Marschhalt tun. Ich gebe Sandra Locher Recht, wir werden sehr wahrscheinlich nicht etwas absolut Neues erfinden, aber wir können vielleicht vieles besser machen. Und diese Chance sollten wir nutzen. Nach diesen vielen Jahren Sprachpolitik in diesem Kanton, wie ich sie jetzt begleiten durfte, bin ich zum Schluss gekommen, dass es nicht reicht, hehre Ziele zu formulieren, die niemand erreicht, und schlussendlich dazu führen, dass wir eine Pflasterlipolitik, eine Politik nach aussen, betreiben, die alle schön finden, aber schlussendlich nicht zum Ziel führt. Und deshalb bin ich sehr dafür, dass wir hier einen Marschhalt einlegen. Lassen wir die Kommission, lassen wir die Sprachorganisationen und die Spezialisten noch einmal über diesen Schulunterricht diskutieren. Wir dürfen das, wir sind eine Sprachinsel. Wir müssen uns nicht davor fürchten, irgendeinen Anschluss zu verlieren. Diesen Anschluss haben wir heute nicht, das so einfach zum Schluss noch einmal gesagt, den haben wir sowieso nicht, weil wir mit drei Sprachen funktionieren müssen und das auch mit Stolz tun. In diesem Sinne bitte ich Sie, dem Antrag Kollegger zuzustimmen.

Kasper: Zuerst eine Bemerkung zum Votum von Grossratskollege Pult. Es steht nirgends geschrieben, woher oder aus welcher Region die Unterschriften für eine Initiative kommen müssen. Also war Ihre Aussage, dass keine Unterschrift aus Südbünden ist, eigentlich nicht relevant.

Dann gehe ich weiter. Hier wird sehr viel von überforderten Kindern gesprochen. Es gibt auch die andere Seite. Kinder, die lernhungrig sind und unterfordert sind. Haben diese Kinder nicht auch das Recht, mehr zu lernen?

Ich komme zum Antrag Kollegger. Ziel von dieser Verschiebung ist es, Zeit zu gewinnen und zu nutzen, um die längst überfällige inhaltliche Diskussion zu führen. Für mich ist das ein cleverer Schachzug vom Initiativkomitee. Nach eingehend geführten Diskussionen und einer möglichen Zustimmung durch den Grossen Rat würde die Initiative zurückgezogen und die Ziele der Initiative wären vollumfänglich umgesetzt. Das Volk hätte dazu nicht einmal abstimmen müssen. Das geht so nun wirklich nicht. Das Volk hat das Recht, über die Initiative abzustimmen. Für mich ist es höchste Zeit, nun endlich zu diesem Thema die Volksmeinung einzuholen. Dieses Thema nun wieder auf die lange Bank zu schieben, um neue Ideen auszubrüten und möglicherweise mit einem faulen Kompromiss einen Abschluss zu finden, ist für mich kein gangbarer Weg. Also lehnen wir die Verschiebung ab, selbstverständlich bin ich für Eintreten.

Hug: Ich hatte mich bereits geäussert, wurde aber indirekt von Kollege Pult noch angesprochen. Kollege Pult, mir war klar, Sie werden rhetorisch perfekt und wort-

reich von dieser Bühne abtreten. Aber inhaltlich haben Sie sich heute vergaloppiert. Sie haben viele Vorwürfe ausgeteilt und ich gebe Ihnen nur in einem Punkt Recht: Es gibt kein Recht auf Diskussion mit den Initianten. Das ist so. Steht nirgends festgeschrieben. Aber ich ging davon aus, als ich in dieses Parlament gewählt wurde, dass das zum politischen Anstand gehört und dass in unserem Kanton das so gehandhabt wird. Wenn das nicht der Fall ist, dann ist es so. Aber es enttäuscht mich.

Zum zweiten Punkt: Sie sprachen von abenteuerlichen Gegenvorschlägen. Und da muss ich Ihnen erklären oder nehmen Sie zur Kenntnis, dass wir unsere Arbeit seriös gemacht haben. Dass wir viel Zeit investiert haben, mit allen Seiten besprochen haben und ich bin nicht so schnell beleidigt, ich darf das auch nicht sein, weil ich auch gerne hart auf den Punkt komme, aber mit mir arbeitet da eine Lehrerin mit höchstem uneigennützigem Willen gegen alle Widerstände, die täglich an der Front unterrichtet und weiss, wovon sie spricht. Sie hat eine andere Meinung als sie. Aber sie hat sich mindestens, oder ich würde sagen, eher noch mehr mit der Materie befasst und sich wirklich eingebracht. Wir haben auch einen achtfachen Familienvater auf unserer Seite. Und auch ihm würde ich nicht absprechen, dass er sich eben vorbereitet hat, als jetzt auf abenteuerliche Wege einlässt. Also ich meine, diese Kritik sei wirklich etwas an den Haaren herangezogen. Und wenn Sie dann noch von der Desavouierung einer ganzen Sprachregion sprechen mit dem Gegenvorschlag, na ja, Sie haben das ausdrücklich erwähnt, dann muss ich Ihnen sagen, woher wissen Sie, dass in Südbünden und in Romanischbünden der Gegenvorschlag denn keine Chance hätte? Das weiss kein Mensch heute. Wir wissen es auch nicht innerhalb der LEGR-Befragung. Dort haben sich etwa 46 Prozent für die Initiative ausgesprochen. Leider wurde der Gegenvorschlag nicht zur Debatte gestellt. Ich meine einfach, hier haben Sie etwas wild um sich geschlagen. Sie können inhaltlich die andere Meinung haben. Wir können auch über Fortschritt oder Rückschritt diskutieren. Da kann man beide Perspektiven teilen. Was man aber nicht kann, ist heute den Vorwurf erheben, dass wir jetzt wieder ein halbes Jahr verlieren würden, wenn zwei Drittel dieses Parlaments oder mehr als zwei Drittel dieses Parlaments ungefähr zweieinhalb Jahre verloren haben mit der Ungültigerklärung. Ich meine einfach, diese Relation ist nicht gegeben und ich freue mich nachher wirklich auf die inhaltliche Diskussion. Aber gewisse Vorwürfe sind da aus meiner Sicht etwas an den Haaren herangezogen.

Bondolfi: Erlauben Sie mir kurz zwei Bemerkungen: Der Antrag Widmer oder Kollegger fusst auf dem Prinzip Hoffnung. Wir verschieben jetzt die Thematik in der Hoffnung, dass durch eine höhere Kraft dann die Eingebung kommt zur Lösung des Problems. Das ist so. Das ist illusorisch. Wir beschäftigen uns seit Jahren mit dieser Thematik. Sämtliche Optionen sind bekannt und hätten auch früher vorgeschlagen werden müssen. Ich finde es nicht gut, wenn wir in einem Prozess drin sind und plötzlich, jetzt nachdem sämtliche Schritte schon abgelaufen sind, da noch Anträge kommen. Ich habe das schon vorhin gesagt, das ist ein Zeichen schlechter Ge-

setzung, das wir uns da in diesem Parlament nicht leisten können. Erste Bemerkung. Die zweite Bemerkung zu meiner Kollegin Märchy: Sie hat zwar anerkannt, dass es Massnahmen gibt, um das Problem der Überforderung zu entlasten. Ich gehe auch davon aus, dass es überforderte Kinder gibt bei den Fremdsprachen. Die gibt es auch in der Mathematik oder in anderen Fächern. Und deshalb sieht das Gesetz auch entsprechende Massnahmen vor. Und ich finde es wirklich schlecht, wenn man sagt, die Massnahmen sind vorhanden, aber das System funktioniert nicht. Also dann haben Sie es in der Hand. Sie sind Präsidentin der KBK, um dafür zu sorgen, dass das System dann auch besser funktioniert, so dass diese sonderpädagogischen Massnahmen auch besser zum Tragen kommen.

Fasani: L'hanno detto praticamente tutti quella ventina di granconsiglieri che mi hanno preceduto, ma lo devo ripetere anch'io. Siamo un Cantone trilingue, siamo un Cantone con i nostri obblighi e i nostri doveri. Siamo svizzeri e dobbiamo essere un esempio a livello svizzero. Dobbiamo essere come si dice spesso una Svizzera in miniatura. Un Cantone quindi che non fa compromessi a mio modo di vedere e che non si deve sentire inferiore a nessuno. Siamo, o meglio i nostri scolari lo sono, intelligenti abbastanza da essere al pari degli altri ragazzi e possono imparare due lingue cantonali e che l'altra è l'inglese. Ora una breve digressione in quanto, per chi non si fosse ancora accorto io sono un sentimentale sotto questo aspetto e sono innamorato della mia lingua. "L'italiano è meraviglioso", questo è il titolo scelto dall'editore Rizzoli per un romanzo di Claudio Marazzini, presidente della Crusca. Si dice che appunto l'italiano è meraviglioso, non solo per chi parla l'italiano, ma anche per l'orecchio straniero che lo ascolta. La lingua italiana piace e suona bene, da sempre ha tante orecchie, basterebbe a questo proposito rimandare a un altro importante libro di un noto linguista tedesco che aveva definito l'italiano "la lingua degli angeli". Intendiamoci bene, nell'epoca della globalizzazione ad essere in difficoltà di fronte alla dittatura dell'inglese, che in sostanza mette a rischio tutti allo stesso modo, non c'è solo l'italiano. Sabato scorso abbiamo avuto il piacere di avere nel Comune di Lostallo, all'inaugurazione della nuova scuola, il neoletto Consigliere federale Ignazio Cassis, e il nostro Consigliere di Stato Martin Jäger. Ambedue nel loro discorso hanno messo gli accenti particolari sulla Svizzera italiana, che non è solo Ticino, ma anche noi delle quattro Valli Grigioni italiane. Loro hanno voluto sottolineare il gioiello appartenente al Cantone dei Grigioni che è il plurilinguismo e la coscienza di fungere da modello di apprendimento delle lingue per tutta la Svizzera. Non scendere a compromessi vuol dire per noi respingere con convinzione l'iniziativa sulle lingue straniere. E respingere anche ogni forma di controprogetto. Non mostriamoci deboli e fragili verso l'esterno, sarebbe un errore grave. Non spostiamo le decisioni che ormai sono mature da tempo e vanno prese, vanno prese con coraggio. Facciamoci vedere uniti come Parlamento. Dimostriamo quel necessario coraggio che ci vuole nel trattare l'iniziativa che lede i diritti delle minoranze. Facciamoci vedere forti nella difesa della nostra identità

che ci fa apparire forti non solo nei Grigioni ma in Svizzera e addirittura in tutto il mondo. Io sono per l'entrata in materia e per il rigetto dell'iniziativa.

Alig: Das Initiativrecht ist bekanntlich ein in der Kantons- und Bundesverfassung festgeschriebenes Volksrecht, das ich sehr hoch halte. Bei der vorliegenden Volksinitiative sah und sehe ich jedoch eine klare Diskriminierung sprachlicher Minderheiten in unserem mehrsprachigen Kanton, sprich der romanischen und italienischsprachigen Bevölkerung, und somit auch ein klarer Verstoss gegen Kantons- und Bundesrecht. Im genannten Fall verstehe ich auch den Entscheid des Bundesgerichtes beim besten Willen ganz und gar nicht. Wären wir Romanen eine ausländische Minderheit in unserem Land, hätte das Bundesgericht die Initiative mit Sicherheit für ungültig erklärt. Davon bin ich überzeugt, weist der erste Teilsatz auf ein reales und ernstzunehmendes Problem hin, das ich keinesfalls verkennen will. Der zweite Teilsatz hingegen verlangt einen Lösungsansatz, der nicht nur rechtswidrig, sondern auch diskriminierend sowohl für Romanisch- als auch für Italienischbündner und dessen Umsetzung organisatorisch und finanziell, wurde bereits von Kollege Pult erwähnt, unabsehbare Kosten und in einem Chaos enden würde. Es würde auch zudem einer Koordinations- und Harmonisierungspflicht nicht nachkommen.

Zusammenfassend gilt nochmals festzuhalten, die rätoromanische und auch italienische Sprache wären abgesehen von einer massiven, ich wiederhole, massiven Diskriminierung die grossen Verlierer dieses sprachpolitischen Entscheides. Übrigens gehe ich auch davon aus, dass Bündner Kinder ja nicht dümmer sind als die in der übrigen Schweiz. Nun, das Bundesgericht hat entschieden, die Initiative kommt vors Volk. Daran gibt es leider nichts mehr zu rütteln. Es liegt nun an uns Romanen, zusammen mit der Lia Rumantscha und der Pro Grigioni Italiano die Bevölkerung über die tatsächlichen Konsequenzen einer Annahme dieser Initiative mit aller Deutlichkeit aufzuklären.

Nun zum Gegenvorschlag der Kommissionsminderheit: Da handelt es sich meines Erachtens lediglich um eine Provokation der Initianten. Ich nehme an, dass hier Partikularinteressen eine Rolle gespielt haben. Doch anstatt zu provozieren, sollten wir unsere Kraft aufwenden, diese schädliche Initiative zu bekämpfen. Ich bin für Eintreten, werde dann allerdings der Kommissionsmehrheit folgen, die Fremdspracheninitiative inklusive Gegenvorschlag, inklusive aller verschiebenden Anträge ablehnen. Im Gegensatz soll die Regierung beauftragt werden, das bestehende Problem, namentlich die Überforderung der schwächeren Schüler in der Primarstufe, auf andere Art und Weise einer Lösung zuzuführen, die dem nationalen Kontext entspricht. Die Stärken einer Demokratie zeigen sich im Umgang mit den Minderheiten.

Pult: Ich wurde angesprochen von Kollege Hug und Sie haben Recht, ich habe laut und ich habe verbal vielleicht auch um mich geschlagen. Ich war einfach leidenschaftlich, so wie Politik sein sollte. Aber Sie haben das Recht, dass ich doch auf etwas reagiere. Ich war vielleicht nicht

so präzise. Die Leidenschaft kann der Präzision etwas schaden. Alle Aussagen, die ich gemacht habe in Bezug auf die Diskriminierung der Kinder aus Minderheitssprachen, den Angriff auf die Gleichberechtigung der Kantonsprachen, der Affront, die Desavouierung, die Worte die ich in diesem Kontext benutzt habe, die bezog ich auf die Initiative. Ihr Gegenvorschlag ist nicht deshalb abenteuerlich, weil Sie ihn nicht sorgfältig vorbereitet haben oder weil die Leute, die mit Ihnen das gemacht haben, nicht sorgfältig gearbeitet haben. Ich weiss, dass Sie wahrscheinlich einer der sorgfältigsten und fleissigsten Grossräte sind, fleissiger als ich. Es ist aber abenteuerlich aus politischer Sicht. Politisch ist er völlig abenteuerlich. Wissen Sie warum? Weil er null Chancen hat in Deutschbünden. Weil Sie das Englische aus der Primarschule rauswerfen wollen. Ich könnte, als jemand der die Initiative bekämpfen will, eigentlich aus taktischen Gründen happy sein, wenn Sie Ihren Gegenvorschlag durchbringen. Weil wenn die Initiative und Gegenvorschlag gemeinsam zur Abstimmung kommen, gibt es ganz ganz sicher ein doppeltes Nein. Aber ich finde es nicht seriös. Es ist völlig abenteuerlich, weil das nicht gewollt ist, was Sie vorschlagen. Es ist sauber erarbeitet worden, aber es ist sicherlich nicht gewollt in der Bevölkerung. Sicherlich nicht gewollt von der Wirtschaft, sicherlich nicht gewollt vor allem in der deutschbündnerischen Bevölkerung. Und der Gegenvorschlag Widmer, nenne ich ihn mal, diese Idee dieser zweisprachigen Schulen im ganzen Kanton, immersiver Unterricht, der ist deshalb abenteuerlich, weil er nicht umsetzbar ist. Wir brauchen keine Abklärungen. Es gibt einfach nicht die notwendigen Lehrpersonen, um in Italienischbünden dieses Modell umzusetzen. Punkt. Es ist eine unbestreitbare Tatsache. Es ist nicht umsetzbar. Also, Ihr Gegenvorschlag, Herr Hug, ist zwar sorgfältig rechtzeitig und intellektuell redlich erarbeitet worden. Er ist politisch abenteuerlich, weil er keine Chance hat und der andere Gegenvorschlag ist deshalb abenteuerlich, weil es einfach nicht umsetzbar ist und die Initiative ist ein Angriff auf unsere Identität und unsere Verfassung als dreisprachiger Kanton. Deshalb gibt es für das Parlament nur einen vernünftigen Weg: Lehnen Sie die Initiative ab beziehungsweise empfehlen Sie der Bevölkerung, sie abzulehnen, und lehnen Sie beide, aus unterschiedlichen Gründen, aber doch beide abenteuerlichen Gegenvorschläge ab.

Noi-Togni: Ich habe gut zugehört, was gesagt wurde. Und ich kann sagen: Wertediskussionen mobilisieren Gefühle und das kann nicht anders sein. Ich teile natürlich voll und ganz, was Präsident Bondolfi gesagt hat und Pult auch. Und alle anderen, die haben in diese Richtung angesprochen. Eben, Gefühle sind immer ein wenig eine spezielle Sache, und es ist leicht passiert, werden mobilisiert, auch bei mir. Also, die Gegenvorschläge sind rein und allein Palliativpflege. Das ist ganz klar für mich. Und Sie müssen nicht entgegengenommen werden.

Dann, ich habe aber Fragen. Frau Märchy möchte ich fragen: Aber glauben Sie wirklich im Ernst, dass die psychologische Betreuung von den Kindern zurückzuführen ist rein und allein auf den Sprachunterricht? Viel-

leicht müssen wir auch ein wenig über das Schulfenster schauen, was passiert in unserer heutigen Gesellschaft und auch sich eine Überlegung dazu machen. Ja. Und dann die zweite Frage, ist ein wenig eine schlechte Frage: Was machen wir Italienischbündner hier in diesem Grossen Rat, wenn wir nicht so geachtet werden in dieser Situation? Nach den vielen Reden und Reden in all den Jahren und noch eine wichtige Frage: Was geben wir den Kindern für Beispiele, wenn wir sagen, Minderheiten kann man auch ignorieren? Müssen Sie achten die Minderheiten überhaupt? Das ist auch ein Beispiel, das wir den Kindern geben. Und ich glaube nicht, dass das etwas Gutes ist.

Standespräsident Aebli: In Anbetracht dessen, das jetzt noch zwei Grossräte sprechen möchten und der Regierungsrat auch noch seine Ausführungen zu diesem Thema machen möchte, werde ich hier unterbrechen. Wir treffen uns in einer halben Stunde wieder zur Fortsetzung der Eintretensdebatte.

Standespräsident Aebli: Nehmen Sie bitte Platz, damit wir mit der Debatte fortfahren können. Dann fahren wir fort. Das Wort hat Grossrat Waidacher. Bitte noch die Türen schliessen, danke.

Waidacher: Ich möchte auch noch einmal das Wort ergreifen. Ich behaupte, wir haben die Diskussion gut angefangen, sachlich angefangen. Vor allem von der Seite von der Kommission. Und am Schluss, ja, sind die Emotionen ein wenig hochgegangen. Ich möchte mich einfach wehren für die Initianten und auch vielleicht für die Befürworter der Initiative. Wir werden im Moment dargestellt als rücksichtslose Egoisten quasi, die nur Deutschbünden im Auge haben. Das ist nicht so. Ich glaube, effektiv sind da Nöte und Ängste da. Die Eltern, die Schüler, gewisse Lehrer sind nicht zufrieden. Und wenn man nur jetzt die Chance bekommt, vielleicht noch eine Überarbeitung zu machen, dass man effektiv die Sorgen der Italianità und Romanischsprechenden aufgreifen kann, sollte man doch die Hand nehmen. Schlussendlich ist die Initiative zweiteilig. Im ersten Teil geht es um eine Reduktion der Fremdsprachen. Das ist ja neutral formuliert. Man will eine statt zwei. Und da sind wir effektiv nicht allein in der Schweizer Bildungslandschaft. Da kommen wir darüber. Und dann die zweite Frage: Welche soll es sein? Das ist natürlich, behaupte ich, das Tüpfelchen auf dem i. Und das ist auch das, das uns im Moment hier hintereinander bringt. Also darum möchte ich Sie bitten, den Vorschlag der Initianten von Andy Kollegger aufzunehmen, dass wir dieses Geschäft der KBK zurückgeben.

Thöny: Viele konstruktive oder auch weniger konstruktive Vorschläge sind im Raum. Man kann die Sicht einnehmen von Kind und Familie. Da geht es um Überforderung, da geht es um Mobilität. Man kann die Schule ins Feld führen, die das Ganze umzusetzen hat in höchst anspruchsvollem Organisationsumfeld. Es geht um regionale Interessen. Ob jetzt das Prättigau, das Puschlav oder die Surselva das so sehen. In der Herrschaft würde man wahrscheinlich sogar für Französisch plädieren,

weil man dann ja noch mit dem Kanton St. Gallen eigentlich etwas näher eine Alternative hätte oder auch jeweils von der Lehre her dort dann in die Schule muss. Oder man kann es aus kantonaler Sicht anschauen. Lehrmittel müssen hergestellt werden. Lehrpersonen müssen ausgebildet werden. Alles in allem ein ganzer Strauss von Fragestellungen. Meine Kollegin Sandra Locher hat gesagt, wir drehen uns da auch etwas im Kreis.

In solchen Momenten lohnt es sich jeweils, sich Orientierung zu holen in übergeordneten Grundsätzen. Und für mich sind es deren drei. Erstens: Landessprache ist in der Primarschule zu unterrichten. In Graubünden Italienisch. Nicht nur wegen der Sprachkompetenz, auch darum, um die Kultur und die Geschichte eines Teils unseres Kantons kennenzulernen. Das hat mit Zusammenleben zu tun. Zweitens: Nationale Frage, Konkordat, dritte, fünfte Klasse jeweils eine Fremdsprache lernen. Darüber kann man diskutieren, ob das sinnvoll oder nicht sinnvoll ist. Wenn man es diskutiert, dann muss man es auf nationaler Ebene diskutieren und nicht auf kantonaler, weil sonst steht man tatsächlich im Abseits. Das haben wir gehört. Die Gefahr würde für Graubünden bestehen. Und drittens geht es um die Chancengleichheit. Also übergeordneter Grundsatz für alle Schülerinnen und Schüler in allen Regionen. Und wenn wir alles, was jetzt da auf dem Tisch liegt an Vorschlägen, inklusive Initiative und Gegenvorschlag, bemessen, dann müssen wir feststellen, es gibt da Chancenungleichheiten, weil beispielsweise der Anschluss von der Primarschule an die Oberstufe, dann Mittelschule, mit diesen Modellen nicht gewährleistet ist. Deshalb ist für mich sonnenklar, Initiative und Gegenvorschlag sind abzulehnen und wichtig, der Lehrplan 21 ist umzusetzen. Und Sie fragen sich vielleicht jetzt bei diesen übergeordneten Grundsätzen, wo bleibt dann der Schulbetrieb? Und da kann ich Ihnen als Lehrperson einfach sagen, oberstes Ziel muss sein, innerhalb dieses Kompromisses, wir haben gehört, er ist notwendig, innerhalb dieses Kompromisses guten Unterricht zu leisten, gute Methodik und Didaktik zu leisten. Beispielsweise ist man jetzt auch da im Lehrmittelbereich fünfte, sechste Klasse Italienischunterricht in Deutschbünden, neues Lehrmittel, bedeutend besser als das alte. Mitunter ein Bestandteil der Qualitätssteigerung. Und es braucht für diese Sache gut ausgebildete Lehrpersonen. Und ich meine, hier muss alles daran gesetzt werden, dass wir hier weiterkommen und ich glaube nicht, dass es etwas bringt, wenn in diesem Bereich jetzt noch mehr Kommissionssitzungen stattfinden. Die haben null Einfluss darauf, was im Schulzimmer dann umgesetzt wird. Und darum wird es eine Ehrenrunde sein, die niemandem etwas bringt. Wir Lehrpersonen müssen uns natürlich auch dafür einsetzen, dass wir uns weiterbilden und entsprechend guten Unterricht leisten. Aber das ist eh unser Auftrag, nicht nur im Sprachenunterricht, in allen Fächern. Also ich bitte Sie, abzulehnen und dann umzusetzen.

Niggli-Mathis (Grüsch): Ich denke, die Bildung und die Volksschulbildung ist eines der grössten Gebiete, das wir hier im Grossen Rat gestalten können, ohne dass wir allzu sehr von Bern eingeschränkt werden, wenn man

mit anderen Gesetzesgruppen oder Sparten oder Regelungen für andere Sachen vergleicht. Ich denke, wir haben es in Graubünden nicht sehr gut gemacht bisher. Das ist meine persönliche Überzeugung. Ich denke, wir sollten die Anregung von Kollege Kollegger ernstnehmen und wir sollten uns Zeit nehmen. Zeit mit einer neuen Regierung, Zeit mit einer neuen Kommission für Bildung und Kultur. Und ich meine auch, diese Kommission für Bildung und Kultur dürfte sich hier von mir aus auch einmal dazu auslassen, wie weit Bildung und Kultur vermischt werden sollen, müssen und dürfen. Es ist richtig, dass wir wirklich drei grundverschiedene Kulturgruppen in diesem Kanton haben. Ich frage mich, ob es der richtige Weg ist, wenn wir uns hier gegenseitig oder wenn wir hier den Deutschbündnern die Auflage machen, Italienisch lernen zu müssen. Ich weiss, es gibt einen Volksentscheid dazu. Aber jeder Volksentscheid ist so gut wie die Fragestellung an der Urne einmal war. Ich frage mich, ob diese Kommission, die Bildung und Kultur vereinigt, nicht andere, bessere Wege aufzeigen könnte, das Verständnis und das Miteinander in Graubünden zu fördern. Sei das mit Klassenaustausch in anderen Sprachregionen. Dies nur als bescheidener Anstoss. Es wird hier von den Fachleuten bestimmt noch bessere Ideen geben.

Ich denke aber auch, es ist für mich auch zentral, dass jede dieser unserer drei Volksgruppen ihre Bedürfnisse einmal anmelden soll, einmal anmelden soll und sagen, was sie für sich und ihre Leute, für ihre Schüler, am besten brauchen, am besten benötigen. Auch dazu braucht es Zeit. Auch dazu braucht es Gespräche. Auch dazu braucht es einen Austausch. Wir haben dieses Instrument der Kommission für Bildung und Kultur und lassen wir unsere Fachleute arbeiten. Geben wir ihnen Zeit und suchen wir für Graubünden eine sehr gute oder mindestens eine gute Lösung in einem, das bin ich mir bewusst, sehr komplexen Umfeld. Ich bitte Sie daher, den Antrag Kollegger zu unterstützen.

Jeker: Ich habe drei Sätze. Erstens: Miteinander reden ist nie falsch und zuhören schon gerade wichtig. Basis. Zweitens: Es gibt auch Gelegenheit für die Sprachgruppierungen sich noch besser einzubringen. Und drittens: Solche Gespräche sind wichtig auch zur Wertschätzung gegenüber der Lehrerschaft. Bitte unterstützen Sie den Antrag von Kollege Kollegger.

Standespräsident Aepli: Gibt es weitere Wortmeldungen? Wenn das nicht der Fall ist, würde ich dem Regierungsrat das Wort geben.

Regierungsrat Jäger: Ich nehme zunächst das Votum von Grossrat Niggli aus Gräsch auf. Er hat von etwas gesprochen, was wir alle wissen: In diesem Kanton gibt es drei Sprachgruppen, drei Kulturen. Und es ist extrem wichtig, dass wir miteinander in Respekt umgehen, dass wir die Bedürfnisse der anderen Gruppen wahrnehmen, dass wir die andere Kultur kennen und dass dieser Kanton, diese kleine Schweiz, immer wieder von neuem zusammenwächst. Respekt ist wesentlich. Ich möchte auch Jöri Luzi, geschätzter Jöri, meinen Respekt ausdrücken. Du hast mit deiner Perspektive aus deinem Schul-

zimmer, und ich weiss, wie engagiert du als Lehrer bist, du hast einen Versuch unternommen, den Sprachunterricht in die Diskussion zu bringen. Wir haben miteinander bezüglich dieser Initiative zum ersten Mal am Bildungstag in Davos ausführlich gesprochen. Du erwidest dich sicher. Und ich habe dort schon gesagt, du erwischst mich ein bisschen auf meinem linken Fuss, und ich habe einen linken Fuss, Bruno Claus, du hast ja darauf hingewiesen, wie ich einmal eine Situation einschätzte. Nun, wir müssen alle Aspekte berücksichtigen, von allen drei Sprachregionen. Und in der Zwischenzeit, auch im Vergleich zu 2004, geschätzter Bruno Claus, eben auch die Entwicklung auf schweizerischer Ebene, die sich seither sehr verändert hat.

Verschiedene Votanten, unter anderen Grossrat Kollegger, haben der Regierung mehr oder weniger vorgeworfen, wir hätten die Sache jetzt lange verzögert und wir kämen erst heute dazu, über dieses Initiative materiell zu diskutieren. Das trifft zu. Und es ist wirklich ein schwieriger Prozess gewesen. Aber seien wir einfach fair und schauen noch einmal, und dies ist mir wichtig, dass ich das hier auch sage, wie der Ablauf war: Jöri Luzi hat unglaublich viele Unterschriften gesammelt, viele persönlich. Die Initiative ist eingereicht worden, und kaum war die Initiative eingereicht, hat die Pro Grigioni Italiano mir, meinem Departement, eine Expertise, ein Gutachten von Professor Previtali unterbreitet. Professor Previtali kam zum Schluss, dass diese Initiative übergeordnetem Recht widersprechen würde. Was macht nun ein Departement, ein Departementsvorsteher, was macht die Regierung? Es liegt ein Gutachten vor, nicht von uns bestellt. Wollen wir das jetzt einfach nicht zur Kenntnis nehmen? Wir hatten uns entschieden, nicht, weil wir die Initiative mit Gutachten behandeln wollten, sondern weil jenes Gutachten vorlag. Wir hatten uns entschieden, ein zweites Gutachten von einem neutralen Professor, von einem ausgewiesenen schweizerischen Experten, einzuholen. Und das zweite Gutachten, Sie wissen es alle, kam zum gleichen Schluss wie das erste Gutachten. Darum haben wir Ihnen in einer ersten Botschaft dann den Antrag gestellt, gestützt auf beide Gutachten, primär auf das Gutachten von Professor Ehrenzeller, unser Gutachten, diese Initiative für ungültig zu erklären. Die Mehrheit Ihres Rates ist diesem Antrag der Regierung gefolgt. Die Auseinandersetzungen zuerst vor Verwaltungsgericht und dann in Lausanne haben nicht wir gewählt. Auch nicht wir haben das Urteil des Verwaltungsgerichts in Lausanne angefochten. Das wissen Sie auch, Grossrat Kollegger. Darum ist es heute ein bisschen unfair, uns nun vorzuwerfen, wir hätten auf Verzögerung gespielt.

Geschätzte Damen und Herren, wir alle sind zur Schule gegangen. Wir alle haben unsere Erinnerungen, ich z.B. an meinen Französischlehrer in Schiers, Sie an Ihre Lehrer. Wir alle, oder viele von uns, haben Kinder. Wir haben erlebt, wie die Kinder dann in der Schule mit Sprachunterricht konfrontiert wurden, wie sie Freude daran hatten oder manchmal eben auch weniger. Wir sind also alles Experten. Die Schullandschaft, Grossrat Waidacher, hat sich sehr verändert, seit Sie und ich selbst im Sprachunterricht waren. Sehr verändert, in jeglicher Hinsicht. Und es wurde von verschiedenen von

Ihnen darauf hingewiesen, wir haben eigentlich die gleichen Argumente in diesem Saal schon x-Mal untereinander ausgetauscht. Ich habe fast bei gewissen Votantinnen und Votanten das Gefühl gehabt, das ist das gleiche Votum, das ich vor mehreren Jahren schon einmal gehört habe. Ich glaube, nur Frau „noch Alterspräsidentin“ Christina Bucher und ich haben alle Veränderungen hier im Rat live und selbst miterlebt und mitgestaltet.

Ich erlaube mir in knapp fünf Minuten, ich hoffe, ich schaffe das, über 28 Jahre etwas zu sagen: Vor 28 Jahren reichte der Davoser Landammann, ein Prättigauer übrigens, Erwin Roffler, das Postulat Roffler ein mit dem Ziel, dass Graubünden sich näherkommen soll, dass wir in Graubünden die Vorgabe des Europarates „Lerne die Sprache deines Nachbarn“, dass wir das in Graubünden umsetzen. Das Postulat Roffler wurde überwiesen und wir hatten dann, ich war selbst in der Vorberatungskommission unter der Leitung der damaligen FDP-Grossrätin Riccarda Suter, wir hatten dann auf das Schuljahr 1999/2000 zum ersten Mal in Deutschbünden in der Primarschule eine Fremdsprache. Wir müssen aber wissen, 1999 war in der ganzen Schweiz in der Primarschule eine Fremdsprache schon üblich. Nur Deutschbünden hatte das nicht. Deutschbünden war der letzte Teil der Schweiz, wo man in der Primarschule mit einer Fremdsprache angefangen hat. Und das ist vielleicht auch der Grund, warum das immer noch nicht, bei vielen noch nicht ganz ganz angekommen ist. Damals konnten die Gemeinden in Deutschbünden wählen, ob sie Italienisch oder Romanisch wollen. Man hat in der vierten Klasse angefangen. Der nächste Sprachenstreit betraf nicht die Primarschule, sondern die Oberstufe. Sie erinnern sich vielleicht an die grosse Auseinandersetzung, auf der Oberstufe Englisch einzuführen. Das damalige Sprachenkonzept, das 1999 von der Regierung dem Grossen Rat und zuerst einer Vernehmlassung unterbreitet wurde, war, dass man gesagt hat, wir wollen in Graubünden auch Englisch einführen. Aber Herr Claus, Sie wissen es genau, eben nur auf der Oberstufe. Das war eigentlich das, was ich damals als richtig anschaute. Dann hatten wir das Problem, dass die Kinder in Graubünden in der Primarschule schon Italienisch lernen. Und es ist eben nicht so, Grossrätin Mani, dass man in der ersten Oberstufe wieder bei null beginnt. Das ist heute nicht mehr so. Wir hatten die Situation, dass wir in der Primarschule in Deutschbünden Italienisch hatten, auf der Oberstufe kam Englisch dazu und dann war die Frage: Soll jetzt auch noch Französisch dabei sein? Sollen wir unseren Schülerinnen und Schülern in der Volksschule drei Sprachen unterbreiten? Ich möchte nicht „zumuten“ sagen. Wollen wir drei Sprachen lernen? Es gab eine grosse Auseinandersetzung, eine erste Bündner Spracheninitiative, die das Französisch auf der Oberstufe erhalten wollte. Diese Initiative wurde abgelehnt. Dann hatten wir sozusagen das System 4/7. In der vierten Klasse begann man mit einer Landessprache, einer Kantonsprache, zog man durch, und in der siebten Klasse begann man mit Englisch. Dann kam der berühmte Schlagabtausch, Bruno, den wir miteinander ausgefochten haben, im Oktober 2004. Ich hatte einen Vorstoss eingereicht, eine Anfrage Jäger, und die FDP-Fraktion einen Fraktionsauftrag. Und wir bekämpften uns wirk-

lich lange. Und die Debatte um den Auftrag respektive die Anfrage dauerte ungefähr gleich lange, wie wir jetzt schon seit 8.15 Uhr miteinander sprechen. Und der FDP-Fraktionsauftrag wurde mit ganz knapper Mehrheit überwiesen und meine Idee war damit vom Tisch. Da war der Auftrag da, in der Primarschule zwei Fremdsprachen zu unterrichten. Dann kam die Schulgesetzrevision 2008. Da war ich in der KBK, und Elisabeth Mani, ich glaube, du warst dort auch in der KBK, und wir hatten 2008 bei der Schulgesetzrevision den Vorschlag der Regierung auf dem Tisch, das Modell 3/5 in Graubünden einzuführen, weil in der Zwischenzeit die EDK dieses Modell 3/5 für die ganze Schweiz als Zielmodell vorgesehen hatte. Und in der Zwischenzeit hatten auch 23 der 26 Kantone dieses Modell 3/5 eingeführt. Graubünden war der einzige Kanton in der Ostschweiz, der aus ganz einleuchtenden Gründen, weil wir in Graubünden eben davon ausgehen, dass wir unsere Schulpolitik immer mit Respekt vor den Bedürfnissen der Minderheitssprachen in diesem Kanton lösen. Wir sind der einzige Kanton in der Ostschweiz mit dem Modell 3/5, das bei uns mit der Landessprache beginnt und die zweite Sprache Englisch ist. Damals gab es Skeptiker, die sagten, wenn wir erst in der fünften Klasse mit Englisch anfangen, erreichen wir dann das Ziel nicht, das Ziel, das an sich vorgesehen ist, dass beide Sprachen am Schluss des neunten Schuljahres auf vergleichbarem Niveau von den Schülern gelernt werden konnten. Schon damals wurde der Regierung dann der Auftrag gegeben, eine Studie zu machen, zu schauen, ob man in Graubünden, wenn man erst in der fünften Klasse beginnt, die Ziele im Englisch trotzdem erreicht. Und Sie wissen, dass die Universität Zürich letztes Jahr eine Lernstandserhebung gemacht hat und bei sämtlichen Schülerinnen und Schülern, ausser den Untergymnasiasten, die sind nicht mitgeprüft worden, aber bei allen Schülerinnen und Schülern in der Sek und in der Realschule hat man geschaut, erreichen sie die Ziele, obwohl wir zwei Jahre später beginnen. Und diejenigen, die die Studie gelesen haben, haben gesehen, wir haben gute Resultate. Sie sind vergleichbar mit anderen Kantonen, die zwei Jahre früher beginnen. Also, unser Output im Englisch ist vergleichbar und die damalige Befürchtung, dass dieses Modell 3/5 in Graubünden dann zu schlechten Englischresultaten führen würde, diese Befürchtungen haben sich auflösen können, zum Glück auflösen können. Wir haben 2008 das Modell 3/5 beschlossen. 2010/11 hat dann die erste Klasse in der dritten Klasse mit der Landessprache, der Kantonsprache begonnen. Und diese Schüler waren dann im Jahre 2012/13 in der fünften Klasse und das war dann die erste Klasse in der fünften Klasse, die im Schuljahr 2012/2013 zwei Fremdsprachen hatte. Wir haben das nachher weitergezogen. Diese Schüler sind jetzt aus der Schule. Und wir haben festgestellt, dass sich dieses Modell weitgehend als gut erwiesen hat. Nicht für alle Schüler, das bin ich mir bewusst. Und auch nicht überall ist der Unterricht so toll. Aber das könnten Sie auch beim Mathematikunterricht feststellen oder auch beim Turnunterricht, beim Singunterricht. Nicht alle Lehrpersonen haben in allen Fächern diese Kompetenz, die man sich am meisten wünschen würde. Allerdings habe ich mir viel Zeit genommen, in den Schulen Graubündens zu

schaufen, wie es geht. Ich habe Ihnen gesagt, 2012 hat es begonnen. Mein erster Schulbesuch war am 21. September 2012, Gemeindepräsident Hug, in Trimmis. Ich habe dort die Fünftklässler angeschaut bei Lehrer Wasescha, wie sie nun mit diesen beiden Sprachen umgehen und wie das läuft. Und ich hatte einen ausgezeichneten Eindruck von Ihrer Schule. Es war wirklich gut. Ich war dann in Andeer, ich war in Roveredo, ich war in Conters im Prättigau und in Cunter. Ich war in Danis, ich war selbstverständlich, Jöri Luzi, auch in Klosters. Ich war in Fideris, ich war in Soazza, ich war in Falera und und und. Ab 2014 habe ich dann auch die Oberstufen besucht. In Domat/Ems, in Tiefencastel, in Zuoz, um zu schauen, wie das weiterging auf der Oberstufe. Und ich kann Ihnen sagen, meine Eindrücke sind viel besser als einige von Ihnen das nun geschildert haben. Grossrat Bleiker und andere waren am Freitag vor einer Woche beim Start des Theaterfestivals in Thusis. Ich habe dort die Theateraufführung der fünften und sechsten Klasse aus dem Dorfschulhaus Thusis, das ist eine recht multikulturelle Zusammensetzung dort, ich habe die Theateraufführung „Die Schwarzen Brüder“ besucht. Diese Geschichte der Spazzacimini aus den Valli des Kantons Tessin in Milano. Es war hervorragend, wie diese Fünft- und Sechstklässler Italienisch konnten. Das war zur Hälfte Italienisch, zweisprachig, hervorragend. Es wäre schön, Sie könnten hier einen kurzen Ausschnitt sehen von dieser Theateraufführung. Jeder, der das sieht, was die Schülerinnen und Schüler heute in der fünften und sechsten Klasse können, z.B. in Thusis, Grossrat Kuffermann hat mich auch gehört, nachher als ich meine Begeisterung ausgedrückt habe, da kann man nicht sagen, die können nichts. Es ist einfach, es ist auch wieder unfair. Es ist unfair gegenüber dem, was die Lehrerinnen und Lehrer mit den Schülerinnen und Schülern erreichen in unserem Kanton.

Nun, es wurde von einigen von Ihnen kritisiert, dass wir in der Botschaft nur politische Fragen und nicht Fragen des Unterrichtsstils, der Didaktik usw. ausgeführt haben. Schauen Sie, Sie sind der Gesetzgeber. Und wenn die Initiative angenommen würde oder ein Gegenvorschlag, das sind ja allgemeine Anregungen, dann hätten Sie die Aufgabe, das Gesetz zu ändern. Und Sie kennen das Gesetz. Sie haben ja die Diskussionen mitgemacht. Im Gesetz steht einfach, in welcher Klasse man mit den Sprachen beginnt. Über die Didaktik usw. steht im Gesetz nichts. Das ist nicht Ihre Aufgabe, die Didaktik in diesem Sinne ins Gesetz zu schreiben. Ich habe Ihnen gesagt, der Sprachunterricht hat sich gewaltig geändert. Er hat sich von 2008, als wir das Gesetz so gemacht haben, wie es heute ist, bis heute gewaltig geändert. Wenn Sie in einem Schulzimmer sind und schauen, wie heute Sprachunterricht in einer fünften Klasse stattfindet, und schauen, wie das vor zehn Jahren war, das ist heute nicht mehr das gleiche. Obwohl wir das gleiche Gesetz haben. Diese Veränderung, die geschieht aufgrund der Ausbildung der Lehrpersonen, aufgrund jetzt auch des neuen Lehrplanes. Wir haben ja jetzt einen Lehrplan, der für 21 Kantone gilt und auch wieder dieses Modell 3/5 aufnimmt. Das ist für uns auch sehr wichtig, dass wir, z.B. im Englischunterricht, nicht eigene Lehrmittel entwickeln müssen, keinen eigenen Lehrplan. Wir können

den Lehrplan, die Lehrmittel der sogenannten Passepartout-Kantone übernehmen. Und nur, das ist aufwändig genug, nur die Lehrmittel noch ins Italienische übersetzen. Das haben wir gemacht. Und das ist in Italienischbünden auch gut angekommen, dass sie zur gleichen Zeit mit den gleichen Lehrmitteln und den gleichen, guten Unterrichtsmaterialien gleichzeitig in der fünften Klasse in ganz Graubünden Englisch lernen. Das ist das Modell 3/5.

Wir haben Ihnen in der Botschaft zur Initiative vor allem die Erkenntnisse aus den Gerichtsurteilen präsentiert. Schauen Sie, wenn wir diese Gerichtsurteile haben, dann müssen wir uns damit auseinandersetzen. Und Sie finden z.B. auf der Seite 602 die Aussage des Verwaltungsgewichtes, ganz oben, ich zitiere: „Dass derartige Massnahmen mit praktischen Schwierigkeiten und erheblichen finanziellen Folgen verbunden sind, mag allerdings ein Grund für die Ablehnung der Initiative darstellen. Für die Gültigkeit der vorliegenden Initiative sind solche Faktoren indes nicht von Relevanz.“ Darum ist die Initiative gültig. Das Bundesgericht hat knapp entschieden, drei zu zwei. Aber Gerichtsurteile sind zu akzeptieren. Nun haben uns das Bundesgericht und vor allem auch das Verwaltungsgericht gesagt, wenn diese Initiative angenommen würde, wenn man das diskriminierungsfrei umsetzen will, dann muss man Vorgaben einhalten. Man müsste in Grigioni Italiano, in Romanischbünden und in Deutschbünden die zweite Fremdsprache fakultativ auch anbieten. Und wenn Sie die zweite Fremdsprache fakultativ in der Primarschule anbieten, dann haben Sie in der Oberstufe die einen Schüler, die haben es, und die anderen Schüler haben es nicht. Wir haben Ihnen vorgerechnet, ich wiederhole das nicht, was das alles kosten würde. Wir könnten dann noch streiten, ob das die Kasse des Nachfolgers von Frau Janom Steiner oder die Gemeindekasse betrifft. Aber es wird teuer, es wird sehr teuer, diese Doppelfunktion.

Und dann bitte ich Grossrat Heinz und andere Grossräte, die sich jeweils für die Schulen in der Peripherie, Robert, ich spreche zu dir. *Heiterkeit*. Entschuldigung Robert, du hast nicht gesprochen und trotzdem spreche ich dich an. Es gibt in diesem Saal eine ganze Reihe von Grossräten, die zurecht die Bedürfnisse der Randregionen, der Peripherie, der kleinen Schulen betonen. Und überlegen Sie sich einmal das, was das Gericht vorgegeben hat. Ich als ehemaliger Schulratspräsident von Chur, Chur kann das organisieren, aber überlegen Sie sich, was das für die kleinen Schulen bedeutet. Für die Oberstufen in den Tälern. Wenn man alles doppelt führen muss. Das wäre für viele Schulen wohl der Tod der Schule. Weil diese Art von Organisation ist nicht nur teuer, sie überfordert unseren Kanton, vor allem unseren dreisprachigen Kanton in der Peripherie. Dort ist vor allem die Überforderung. Dass diese Initiative, so wie sie eben jetzt umsetzbar wäre, eigentlich nicht umsetzbar ist, das ist glaube ich vielen von Ihnen bewusst geworden. Auch die KBK empfiehlt Ihnen ja mit acht zu einer Stimme, diese Initiative abzulehnen.

Man kann eine Initiative ablehnen, man kann einen Gegenvorschlag dazu formulieren. Und wir haben Ihnen auf Seite 618 und 619, unter „VI. Möglicher Gegenvorschlag“ Möglichkeiten aufgezeigt. Und was oben auf

Seite 619 steht „Anstelle von Deutsch oder Englisch könnten die Kantonssprachen genannt werden“ usw., das entspricht im Prinzip dem Gegenvorschlag der Kommissionsminderheit Hug. Wir haben Ihnen aber gesagt, dieses Modell kennt kein anderer Kanton der Schweiz. Wir hätten dann ein Modell und das wäre eben, Bruno Claus, mein damaliges Modell gewesen. Aber in der Zwischenzeit hat kein Kanton kein Englisch in der Primarschule. Und soll nun ausgerechnet der Kanton Graubünden, der dreisprachige Kanton Graubünden ein anderes Sprachenmodell entwickeln?

In den letzten Tagen ist eine neue Variante aufgetaucht, Immersionsunterricht. Diese Variante wird jetzt wieder abgeschwächt, indem man einfach noch weitere Varianten prüfen soll, ohne jetzt etwas ganz genau zu bestimmen. Ich wurde kritisiert, dass mein Departement eine Unterlage zusammengestellt hat, was diese Variante, so wie sie ursprünglich formuliert wurde, was die für Auswirkungen hätte. Ich verstehe schon, dass das unangenehm ist, wenn wir Ihnen zeigen, wo die Stolpersteine liegen. Aber es ist unsere Aufgabe, Sie darauf hinzuweisen, Ihnen zu sagen, wo es eben nicht funktioniert. Und Sie haben oder mindestens die Fraktionspräsidenten und die Mitglieder der KBK haben die Mail erhalten von der Pro Grigioni Italiano und der Lia Rumantscha. Am Sonntagmorgen ist die Mail gekommen. Es hat wirklich Stress ausgelöst jetzt. Und in dieser Mail steht: „Für Italienischbündlen ist die Einführung eines zweisprachigen immersiven Unterrichts unrealistisch. Man hat die Lehrpersonen nicht.“ Und ich sage Ihnen, nur schon in Chur die zweisprachige Schule aufzubauen, das dauerte Jahre. Und nur für die zwei Klassen war es sehr schwierig, in Chur italienischsprachige Lehrpersonen zu finden, die muttersprachlich sind. Sie können Immersionsunterricht nicht machen mit jemandem, der die Sprache nicht wirklich kann. Es ist unrealistisch. Und für Romanischbündlen wiederum ein Zitat aus dieser Mail: „In einsprachig geführten romanischen Schulen würde das Romanische empfindlich geschwächt.“ Nun, ich habe festgestellt, dass Sie jetzt diesen Vorschlag, so wie er von Grossrätin Widmer vorgestellt wurde, dass Sie jetzt das ein bisschen zurückziehen und auch noch Weiteres suchen wollen. Wenn der Grosse Rat heute noch nicht entscheiden will und den Auftrag an die KBK zurückgibt, Herr Claus hat darauf hingewiesen, wie die Abläufe sind, die Regierung hat die Meinung festgelegt. Die Regierungsmeinung steht in dieser Botschaft. Es wird eine neue KBK im August gewählt. Herr Claus hat das auch als Chance bezeichnet, wenn nicht mehr der Jäger da vorne sitzt. Mein Departement würde trotzdem, so lange ich zuständig bin, mithelfen, das Ei des Columbus zu suchen, ich sage nicht „zu finden“, zu suchen. Allerdings bei jeder neuen Variante, die dann wieder diskutiert würde, wäre es unsere Aufgabe, wiederum die Stolpersteine zu benennen, wie wir das bei diesem Vorschlag Widmer gemacht haben. Wir müssen Sie darauf hinweisen, was das kosten und was das organisatorisch bedeuten würde. Das müssen Sie einfach wissen. Das ist unsere Aufgabe. Sie können am Schluss entscheiden, Sie sind der Grosse Rat. Aber unsere Aufgabe ist, Ihnen zu erklären, was eine Entscheidung, die Sie beabsichtigen zu fällen, für Auswirkungen haben würde.

Ich komme zum Schluss: Die EDK hat am letzten Wochenende zwei Medienmitteilungen vorbereitet zur kantonalen Volksabstimmung im Kanton Basel-Landschaft. Die erste Medienmitteilung wäre gewesen, die Initiative wird abgelehnt. Die zweite, die Initiative wird angenommen. Die EDK war sehr froh, dass wir dann die Medienmitteilung verschicken konnten, die Initiative wird abgelehnt, weil nun auch der Kanton Baselland, und das war der zweitletzte Kanton vor Graubünden, wir sind jetzt die letzten, auch der Kanton Baselland hat nun diese Initiative abgelehnt. Und wir stellen einfach fest, das hat auch Regierungsrätin Monika Knill, die mit ihrem Grossen Rat eine ganz intensive Auseinandersetzung hatte, das haben Sie wahrscheinlich mitgekommen, der Thurgauer Grosse Rat wollte ja ursprünglich auch die Landessprache aus der Primarschule wegnehmen. Und nach langer Diskussion hat dann der Thurgauer Grosse Rat sich auch entschieden, nein, wir bleiben bei 3/5, weil das eben die Vorgabe der Koordination, auch die Vorgabe der Bundesverfassung ist. Wäre die Initiative angenommen worden, ich lese Ihnen jetzt etwas vor, was eben nicht verschickt wurde, dann hätte es am Schluss der Medienmitteilung geheissen: „Die Erziehungsdirektorinnen und Erziehungsdirektoren werden anlässlich der Jahresversammlung vom 25. Oktober eine erste Aussprache über die veränderte Situation führen, die sich nach dieser Abstimmung in der Frage der Harmonisierung des Sprachenunterrichts in der Schweiz ergeben hat. Die EDK wird auch das Gespräch mit dem eidgenössischen Departement des Innern aufnehmen.“ Wir haben Ihnen das auch in der Botschaft geschrieben. Bis jetzt hat kein Kanton sich von diesem 3/5 Modell wegbewegt. Es sind noch nicht alle dort angekommen. Wir sind seit einigen Jahren dort. Würde ein Kanton sich wegbewegen, das ist ganz klar kommuniziert worden, dann wird der Bund in irgendeiner Form tätig werden. Und stellen Sie sich diese Situation vor, dass der Bund aufgrund des nationalen Sprachengesetzes, das die Minderheitssprachen schützen will, ausgerechnet aufgrund eines Entscheids im dreisprachigen Kanton Graubünden aktiv werden müsste. Was für ein Bild würden wir ausserhalb unsres Kantons machen? Sämtliche Änderungsvorschläge gegenüber dem Status quo, alles was Sie formuliert haben, bedeuten in der Konsequenz eine Abkehr vom Koordinationsbeschluss der EDK. Nicht der Vorschlag Hug, aber andere, z.B. auch die Initiative würden mit sich bringen, dass wir in der Primarschule neu ein Freifachsystem erhalten. Das haben wir heute nicht. Stellen Sie sich vor, was das bedeutet für die Schulträger, wenn sie nicht mehr die ganzen Klassen unterrichten, sondern mit Freifächern arbeiten. Ich habe Ihnen schon gesagt, das betrifft vor allem die kleinen Schulen. Und dann die unterschiedlichen Kenntnisse auf der Oberstufe, die uns ganz grosse Schwierigkeiten machen würden. Alle diese Änderungsvorschläge bedeuten eine Abkehr vom Lehrplan 21. Das würde bedeuten, obwohl wir den Lehrplan 21 teuer auf Graubünden umgeschrieben haben, dass wir das noch einmal machen müssten, dass wir die entsprechenden Lehrmittel anders gestalten müssten. Dass wir uns überlegen müssten, Grossrätin Locher hat darauf hingewiesen, wir können nicht einfach Stoff von der Primarschule in die Oberstufe

verschieben. Schauen Sie, es ist auch von den Initianten unbestritten, am Schluss des neunten Schuljahres müssen alle in beiden Sprachen gleich weit sein. Sie können nicht einfach die Primarschule entlasten, um dann die Oberstufe zu belasten. Das würde bedeuten, dass wir bei den MINT-Fächern und an anderen Orten Veränderungen vornehmen müssten. Denn die Schülerinnen und Schüler, wenn Sie Kinder haben, die in der Sekundarstufe sind, dann wissen Sie das, die sind auch dort sehr belastet. Man kann nicht einfach immer noch mehr draufladen. Ich bitte Sie einfach, keinen Sonderzug zu fahren.

Und mein letzter Satz ist folgender: Wir haben nun mit grossem Aufwand dieses Modell 3/5 in Graubünden implementiert. Wir haben viel Geld investiert. Die Lehrerinnen und Lehrer haben Stunden und Stunden und Stunden in Weiterbildung investiert. Wir haben den Lehrplan entsprechend aufgestellt. Wir haben noch nicht die wirklichen Erfahrungen, Frau Locher hat es gesagt, 2019 wird man schweizweit eine Evaluation machen. Und nun jetzt bereits die nächste Revision, die nächste Veränderung für die Schule, für das ganze System zu beschliessen, das überfordert unser Schulsystem in Graubünden. Und deshalb bitte ich Sie dringlich, dass Sie so entscheiden, dass wir das jetzt eingeführte Modell in den nächsten Jahren weiterführen können, dass wir das mit den anderen Kantonen gemeinsam evaluieren. Und wenn es sich zeigt, dass dieses Modell 3/5 verbesserbar ist, das ist gut möglich, dann soll nicht Graubünden das alleine machen. Das ist der Mehrwert dieses Bildungsraums Schweiz, den wir heute haben, dass wir das miteinander machen. Die Kantone miteinander. Und nicht jeder Kanton irgendwie anders, mit immer neuen Mobilitätshürden, die dann wiederum, wenn ich an die Kinder denke, vor allem die Kinder betreffen werden.

Standespräsident Aepli: Gibt es noch weitere Wortmeldungen aus der Ratsmitte, bevor ich der Kommissionspräsidentin und dem Antragsteller das Schlusswort gebe? Wenn das nicht der Fall ist, die Kommissionspräsidentin wünscht das Wort nicht, wenn ich die Geste richtig interpretiert habe. Dann frage ich Grossrat Kollegger an.

Kollegger: Vorab möchte ich Ihnen ganz herzlich danken. Wenn mich heute Morgen jemand gefragt hat, und es haben mich verschiedene Leute gefragt, was erwarten Sie von der heutigen Debatte, dann habe ich gesagt, ich erwarte eine sachliche, inhaltliche, faire, respektvolle Debatte. Und ich denke, das ist auch in weiten Teilen gelungen. Es gab zwei Ausnahmen. Und diesen beiden Personen möchte ich einfach sagen: Jegliche Kritik am Fremdsprachenunterricht, am jetzigen Konzept, belegen Sie das bitte nicht immer mit dem Stigma der Sprachenfeindlichkeit. Das ist ein grosses Anliegen von mir. Sie wissen, wie mir der Kanton am Herzen liegt, Sie wissen, wie mir die Regionen am Herzen liegen, Sie wissen, was ich auch für diesen Kanton freiwillig leiste und ich lasse das nicht gelten, dass man einfach irgendwo in die Ecke gestellt wird, dass man sich gegen unseren schönen, vielfältigen, kulturell sehr hochwertigen Kanton stellt. Das lasse ich einfach nicht gelten. Ich mache das emotionsfrei, denn das andere, denke ich, bringt nichts.

Es mutet schon etwas sehr seltsam an, wenn diejenigen, die für die Verzögerung der Mehrkosten und den Rechtsbruch verantwortlich sind, jetzt wiederum vollmundig das Vorgehen aufzeigen und definieren wollen. Ich meine, es würde dem einen oder anderen gut anstehen, vielleicht einen Schritt zurückzumachen und sich selbstbewusst zu fragen, ob nach dem kollektiven Versagen im Entscheid zur Ungültigkeit nicht eine gewisse Zurückhaltung angebracht wäre. Im Fussball, und Sie wissen es, sehr geschätzte Damen und Herren, Fussball und die WM beginnt demnächst, im Fussball tritt auch nicht derjenige den Freistoss, der das Foul begangen hat. Nehmen Sie es, wie Sie es wollen, es bleibt, was es ist, mein Antrag, nämlich ein konstruktiver Vorschlag oder wenn Ihnen die Bildsprache mehr sagt, hier nochmals die dargebotene Hand. Meinen Sie, die Initianten hätten diesem Vorschlag oder diesem Antrag zugestimmt, wenn es nur auf eine weitere Verzögerung hinauslaufen würde? Wohl kaum. Dabei ist der Vorschlag Widmer selbstverständlich eine Variante, wir haben es gehört, aber es gibt allenfalls auch noch andere, basierend auf diesem Vorschlag oder mit einer ganz anderen Konzeption. Könnten wir am Schluss mit einem gewissen oder würden wir am Schluss auch nur mit einem gewissen Verständnis für die Belange der verschiedenen Regionen auseinandergo, hätten wir schon sehr sehr viel gewonnen. Und warum auch nicht eine vielleicht etwas fortschrittlichere Lösung andenken und vielleicht auch realisieren? Wir beklagen uns immer wieder, dass wir am Schluss in vielen Punkten in der Schweiz am Schluss der Rangliste sind. Warum nicht hier mal irgendeinen mutigen Schritt nach vorne? Ich glaube, das Modell 3/5, das hat ausgedient und egal, wie der Kanton Graubünden sich diesbezüglich entscheidet, das wird immer wieder aufs Tapet kommen, weil jetzt gerade mit dem Lehrplan 21 vieles, vieles ändert und die Lage, die wir Ihnen geschildert haben in der Begründung zur Initiative, das die akzeptiert wird. Was ich Ihnen versichern kann hier, jetzt und heute, ist: Niemand wird am Konzept von zwei Fremdsprachen mit einer Kantonssprache und Englisch an der obligatorischen Schule rütteln. Es soll nach wie vor die Muttersprache gelehrt werden, es soll die Kantonssprache gelernt werden und es soll Englisch gelernt werden. An diesem Konzept rüttelt niemand, das ist ganz, ganz wichtig, weil es tönt hier, man will irgendjemandem etwas wegnehmen, man will Italienisch abschaffen und das ist nicht so. Gefordert wird einzig eine Anpassung des Fremdsprachenunterrichts zu Gunsten der Qualität und der Mobilität. Ich glaube, gegen dieses Ansinnen kann nun wirklich niemand etwas ernsthaft einwenden. Wer das nicht will, ist der Ursache des Problems vielleicht weit näher als der Lösung. Ich meine, wir sollten nichts unversucht lassen, aus dieser verfahrenen Situation herauszukommen. Mit dem Abstimmungsergebnis wird letztlich vermutlich niemand recht zufrieden sein, egal, wie es herauskommt. Wir haben dann rein gar nichts gewonnen und es wird mit Sicherheit keine Ruhe einkehren. Deshalb nochmals: Lassen Sie uns gemeinsam nach einem Weg aus dieser verfahrenen Situation suchen, es ist dies hier heute ein Angebot zur Güte, das ich Ihnen unterbreite.

Und wenn Sie die Abstimmungsergebnisse der anderen Kantone hier als Gradmesser beiziehen, sehr geehrte Ratskollegin Locher, sehr geehrter Regierungsrat Martin Jäger, dort, dann machen Sie, meine ich, einen fatalen Fehler. Dort sind die Abstimmungen im Wesentlichen deshalb gescheitert, weil eben nicht klar gesagt wurde, welche Sprache gestrichen werden soll. Nehmen wir als Beispiel Zürich. Hätte man dort gesagt, nur eine Frühfremdsprache und das Englisch, wäre es mit Sicherheit anders herausgekommen. Aber es wurde nur gesagt, dass eine der beiden Frühfremdsprachen gestrichen werden soll. Meinen Sie, meine Damen und Herren, der Kanton Zürich geht das Risiko ein, dass sein Frühenglisch verschwindet? Mitnichten. Bitte vergessen Sie das in Ihren Erwägungen nicht. Nur damit wir uns richtig verstehen: Niemand fürchtet sich vor einer Abstimmung und vor allem ist wichtig, dass die Auseinandersetzung zu diesem Thema stattfindet. Das haben wir hier drin gemacht, werden es nachher in der Detailberatung noch machen. Aber auch in der Öffentlichkeit.

Nochmals: Eine Zustimmung zu diesem Vorgehensvorschlag, zum Antrag, ich lese in Ihnen nochmals kurz vor, „Auf die Vorlage sei einzutreten, das Geschäft unter Beachtung der geltenden Fristen für weitere Abklärungen der zuständigen Kommission weiterzuleiten“, wenn Sie dem zustimmen, ist es weder eine Zustimmung zur Initiative noch zum Gegenvorschlag Hug noch zu einem sich in der Entwicklung befindlichen möglichen Gegenvorschlag. Es ist lediglich eine ausgestreckte Hand und es ist eine Chance und es ist ein Auftrag an alle Beteiligten, nach einer guten Lösung zu suchen. Niemand vergibt sich irgendetwas, es geht um die Interessen und das Wohl der Kinder.

Stellen Sie sich vor, und damit komme ich zum Schluss, stellen Sie sich vor, geschätzte Ratskolleginnen und Kollegen, alles würde gut oder zumindest viel besser werden und Sie wären mitverantwortlich dafür. Das Angebot steht, bitte stimmen Sie meinem Antrag auf Verschiebung und Rückweisung an die Kommission zu.

Standespräsident Aebli: Besten Dank. Wir bereinigen diese Geschichte nun. Sie haben den Antrag von Grossrat Kollegger gehört. Ich lese ihn noch einmal vor, dass alle korrekt abstimmen können: „Auf die Vorlage sei einzutreten und das Geschäft unter Beachtung der geltenden Fristen für weitere Abklärungen an die zuständige Kommission zurückzuweisen.“ Das ist der Antrag Kollegger. Wenn Sie diesem Antrag zustimmen, ich wiederhole mich noch einmal, dann ist nachher die Debatte beendet zu diesem Thema. Wenn Sie diesen Antrag ablehnen, dann fahren wir fort mit der Detailberatung. Wer den Antrag Kollegger unterstützen möchte, drückt nachher die Taste Plus. Wer dagegen ist, die Taste Minus. Enthaltungen Null. Die Abstimmung läuft jetzt. Sie haben den Antrag von Grossrat Kollegger mit 37 zu 78 Stimmen abgelehnt.

Abstimmung

Der Grosse Rat lehnt die Rückweisung des Geschäfts mit 78 zu 37 Stimmen bei 0 Enthaltungen ab.

Standespräsident Aebli: Bevor wir zur Detailberatung kommen, möchte ich gerne noch abstimmen über Eintreten, weil ja kontrovers miteinander diskutiert wurde an diesem Vormittag. Und ich frage Sie an, wer auf diese Botschaft eintreten möchte, der drücke nachher die Taste Plus. Wer dagegen ist, die Taste Minus, Enthaltungen Null. Die Abstimmung läuft jetzt. Sie haben mit 114 Stimmen dem Eintreten zugestimmt, bei 0 Enthaltungen und 0 Nein-Stimmen.

Abstimmung

Der Grosse Rat tritt mit 114 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen auf das Geschäft ein.

Detailberatung

Standespräsident Aebli: Somit würden wir das grüne Büchlein zur Hand nehmen und wir beginnen mit der Detailberatung. Ich werde die Haupttitel ablesen, die Kommissionspräsidentin wird, sofern nötig, Ausführungen machen. Und wenn Sie dazu etwas sagen möchten, bitte ich Sie, sich zu melden. Wir beginnen auf Seite 585 mit der Ausgangslage. Frau Kommissionspräsidentin.

Märchy-Caduff; Kommissionspräsidentin: Ja, kein Kommentar.

Standespräsident Aebli: Dann II. Der Fremdsprachenunterricht in der Schweiz, 1. Landes-, Amts- und Schulsprachen in der Schweiz.

Märchy-Caduff; Kommissionspräsidentin: Der Kanton Graubünden ist als einziger Kanton dreisprachig und verfügt über drei Amtssprachen. Gemäss Art. 62 Abs. 1 der Bundesverfassung sind die Kantone für das Schulwesen zuständig. Zentrale Aspekte des Schulwesens bildet die Unterrichtssprache, aber auch der Fremdsprachenunterricht. Beide liegen in der Kompetenz der Kantone. Die kantonale Schulhoheit gilt allerdings nicht unbegrenzt. Sie wird durch zahlreiche bundesrechtliche Vorschriften und die Harmonisierung der kantonalen Schulsysteme eingeschränkt.

Standespräsident Aebli: 2. Entwicklung des Fremdsprachenunterrichts.

Märchy-Caduff; Kommissionspräsidentin: Kein Kommentar.

Standespräsident Aebli: 3. Das Harmonisierungsmodell der EDK von 2004.

Märchy-Caduff; Kommissionspräsidentin: Die EDK verabschiedete im Jahr 2004 einstimmig eine gemeinsame Strategie zum Sprachenunterricht in der obligatorischen Schule. Die wichtigsten Ziele dieser Strategie sind: Das Sprachenlernen in der Schweiz soll insgesamt verbessert werden. Dazu zählt explizit auch das Lernen der Erstsprache, also die Schulsprache. Meine Bemerkung dazu: Die bisherigen Pisa-Studien zeigen auf, dass

dieses Ziel noch nicht erreicht wird oder wurde. Weitere Ziele: Die Schweiz soll stärker vom Potenzial des frühen Sprachenlernens und von ihrer Mehrsprachigkeit profitieren. Die Strategie enthält auch Bestimmungen zur Anzahl und zur Reihenfolge der Sprachen, die während der obligatorischen Schulzeit gelernt werden sollen, Botschaft Seite 588. Somit wurde für den Beginn des Fremdsprachenunterrichts eine einheitliche Lösung gefunden, nicht aber für die Reihenfolge der zu lernenden Sprachen. Es wurde jedoch festgelegt, dass die Reihenfolge der zu unterrichtenden Fremdsprachen regional koordiniert werden soll und per Ende der obligatorischen Schulzeit in beiden Fremdsprachen vergleichbare Kompetenzen erreicht werden sollten. Wir haben einiges schon darüber gehört. Das Urteil des Bundesgerichts zur Fremdspracheninitiative stützt die letzte Aussage, sieht aber eine Abweichung der Reihenfolge und Anzahl der obligatorischen Fremdsprachen in der Volksschule als möglich.

Standespräsident Aebli: Dann 4. Die neue Bildungsverfassung.

Märchy-Caduff; Kommissionspräsidentin: Die neue Bildungsverfassung wurde im Mai 2006 mit einem überwältigenden Mehr angenommen. Bund und Kantone sorgen im Rahmen ihrer Zuständigkeiten für eine hohe Qualität und Durchlässigkeit des Bildungsraums Schweiz. Nebst diversen Verpflichtungen der Kantone zur Harmonisierung des Schulwesens steht auch die Harmonisierung der Ziele für den Fremdsprachenunterricht im Fokus.

Standespräsident Aebli: 5. Das HarmoS-Konkordat.

Märchy-Caduff; Kommissionspräsidentin: Obwohl das Bündner Stimmvolk im Jahr 2008 Nein zum HarmoS-Konkordat gesagt hat, sind viele Bestimmungen des Konkordats für unsere Volksschule bestimmend.

Standespräsident Aebli: 6. Das Sprachengesetz des Bundes.

Märchy-Caduff; Kommissionspräsidentin: Hier möchte ich auf Art. 15 Abs. 3 des Sprachengesetzes hinweisen: Darin ist vorgesehen, dass sich der Bund und die Kantone im Rahmen ihrer Zuständigkeit für einen Fremdsprachenunterricht einsetzen, welcher gewährleistet, dass die Schülerinnen und Schüler am Ende der obligatorischen Schulzeit über Kompetenzen in mindestens einer zweiten Landessprache und einer weiteren Fremdsprache verfügen. Auch hier erkennt man eine gewisse Offenheit gegenüber der Regelung der Reihenfolge und der Dauer des Fremdsprachenunterrichts.

Standespräsident Aebli: Dann sind wir bei 7. Aktuelle Entwicklungen in den Kantonen und auf Bundesebene, 7.1. Vorstösse und Volksinitiativen in den Kantonen.

Märchy-Caduff; Kommissionspräsidentin: Die Tatsache, dass neben Graubünden in neun weiteren Kantonen Volksinitiativen für nur eine Fremdsprache in der Pri-

marerschule eingereicht wurden und in verschiedenen Parlamenten auch beinahe 50 kantonale Vorstösse zum gleichen Thema behandelt wurden, zeigt eine Problematik auf. Das Eidgenössische Departement des Inneren führte deshalb ein Vernehmlassungsverfahren zur Teilrevision des Sprachengesetzes durch. Auf Seite 593 sind die drei Varianten dazu aufgeführt. Der Kanton Graubünden hat sich für die Variante drei ausgesprochen. Diese bezweckt die formelle Sicherung der Stellung der zweiten Landessprache. Sie legt fest, dass der Unterricht in der zweiten Landessprache auf der Primarstufe beginnen und bis zum Ende der Sekundarstufe I dauern muss. Die Fremdspracheninitiative entspricht nicht dieser Vorlage, da die deutschsprachigen Kinder in der Primarschule keine zweite Landessprache lernen würden.

Standespräsident Aebli: 7.2 Die Position der EDK.

Märchy-Caduff; Kommissionspräsidentin: Ich habe zu Punkt 7. und 8. dann nichts mehr, erst wieder unter III.

Standespräsident Aebli: Gibt es bis dahin noch weitere Wortmeldungen? Wenn das nicht der Fall ist, sind wir auf Seite 596, III. Sprachen in Bündner Schulen.

Märchy-Caduff; Kommissionspräsidentin: Ja, auch hier kein Kommentar.

Standespräsident Aebli: Das bezieht sich auf die Schulsprachen und den Fremdsprachenunterricht.

Märchy-Caduff; Kommissionspräsidentin: Jawohl.

Standespräsident Aebli: Dann sind wir bei IV. Behandlung der Initiative im Grossen Rat und Volksabstimmungen. 1. Vorlage der Botschaft der Regierung an den Grossen Rat.

Märchy-Caduff; Kommissionspräsidentin: Kein Kommentar.

Standespräsident Aebli: 2. Behandlung der Fremdspracheninitiative durch den Grossen Rat.

Märchy-Caduff; Kommissionspräsidentin: Der Grosse Rat entscheidet in einem ersten Schritt, ob das Schulgesetz so abgeändert werden soll, dass in der Primarschule nur noch eine Fremdsprache obligatorisch unterrichtet werden soll, nämlich je nach Sprachregion Deutsch oder Englisch. Gemäss Art. 15 Abs. 2 der Kantonsverfassung kann der Grosse Rat jeder Initiative einen Gegenvorschlag gegenüberstellen. Lehnt der Grosse Rat die Initiative mit oder ohne Gegenvorschlag ab, findet eine Volksabstimmung statt. Eine Volksabstimmung findet aber auch dann statt, wenn der Grosse Rat der allgemein anregenden Initiative zustimmt und gleichzeitig einen Gegenvorschlag beschliesst. Falls der Grosse Rat der Fremdspracheninitiative ohne Gegenvorschlag zustimmt, ist keine Volksabstimmung zur Grundsatzfrage notwendig. Mit der Zustimmung zur Grundsatzfrage durch das Stimmvolk beziehungsweise durch den Grossen Rat

muss die Regierung dem Grossen Rat eine Botschaft mit ausgearbeitetem Entwurf einer Teilrevision des Schulgesetzes unterbreiten. Die Beratung dieser Vorlage wäre dann der zweite Schritt.

Standespräsident Aebli: 3. Volksabstimmungen.

Märchy-Caduff; Kommissionspräsidentin: Kein Kommentar.

Standespräsident Aebli: Dann sind wir bei Kapitel V. Die Umsetzung der Fremdspracheninitiative in der eingereichten Form. 1. Die Urteile des Verwaltungs- und Bundesgerichtes.

Märchy-Caduff; Kommissionspräsidentin: Die Fremdspracheninitiative wurde sowohl von der Regierung als auch vom Grossen Rat als ungültig erachtet. Das Verwaltungsgericht verlangt in seinem Urteil Zurückhaltung bei der Ungültigerklärung von Initiativen. Auf den Seiten 600 bis 604 sind die Erkenntnisse aus dem Verwaltungsgerichtsurteil dargestellt. Der Umsetzungsspielraum wird hier aufgezeigt und als ausreichend eingestuft. Auch die Voraussetzungen für die Vereinbarung mit übergeordnetem Recht werden positiv bewertet. Die Vereinbarkeit der Fremdspracheninitiative mit der Bildungsverfassung erachtet das Verwaltungsgericht als gegeben. Das Bundesgericht beurteilt die Fremdspracheninitiative im Wesentlichen aus denselben Gründen für gültig wie das Verwaltungsgericht.

Standespräsident Aebli: Dann gehe ich recht in der Annahme, dass Sie zu 1.1. Erkenntnisse aus dem Verwaltungsgerichtsurteil und auch unter 1.2. nichts mehr sagen möchten?

Märchy-Caduff; Kommissionspräsidentin: Nein, ist okay.

Standespräsident Aebli: 1.3. Fazit? Auch okay. Dann sind wir auf Seite 606. 2. Von der Umsetzung besonders betroffene Bereiche. 2.1. Lehrplan.

Märchy-Caduff; Kommissionspräsidentin: Mit der Annahme der Initiative müssten der Lehrplan und die Stundentafeln angepasst werden. Eine Verschiebung der Unterrichtseinheiten auf die Sekundarstufe I wäre die Folge. Aufgrund der regionalen Besonderheiten zahlreicher Schulträgerschaften und Schulverbänden müssten spezielle Konzepte erarbeitet werden. Dies ist aus den Seiten 608 bis 612 der Botschaft zu entnehmen. Auch die Lehrmittelfrage müsste neu geklärt werden. Nicht jedes Lehrmittel kann auf jeder Stufe eingesetzt werden. Es muss dem Alter der Schülerinnen und Schüler entsprechen. Eine Annahme der Fremdspracheninitiative würde bedeuten, dass nochmals zahlreiche Lehrpersonen eine Weiterbildung in Englisch machen müssten. In der vorliegenden Botschaft auf den Seiten 616 bis 618 findet man auch Ausführungen zu den Themen Schulraum und finanzielle Folgen.

Standespräsident Aebli: Dann sind wir bei Schulorganisationen und fortfolgende. Sie haben es in Ihrem Votum gesagt. Dann ist das erledigt bis Seite 618, V. Möglicher Gegenvorschlag. Ist das korrekt?

Märchy-Caduff; Kommissionspräsidentin: Ja, Danke. Ein möglicher Gegenvorschlag wird von der Regierung nicht in Betracht gezogen. Die sehr kurz gehaltene Begründung finden Sie auf den Seiten 618 und 619. In der KBK wurde von einer Minderheit ein Antrag gestellt, der wie folgt lautet: „Der in der Form der allgemeinen Anregung gefassten Initiative einen ebenfalls in der Form der allgemeinen Anregung gefassten Gegenvorschlag wie folgt gegenüberzustellen: Das Gesetz für die Volksschulen des Kantons Graubünden ist so abzuändern und auszugestalten, dass in der Primarschule für den Fremdsprachenunterricht im ganzen Kanton folgende Regel gilt: In der Primarschule ist nur eine Fremdsprache obligatorisch. Dies ist eine Kantonssprache.“

Standespräsident Aebli: Gut, wir haben nun die Botschaft in diesem Sinne durchdiskutiert. Möchten Sie noch auf das grüne Büchlein zurückkommen, bevor wir dann die zwei Abstimmungen durchführen und da die Diskussion dann mit Minderheit und Mehrheit wieder führen werden? Ich frage Sie an, möchte jemand noch zum Büchlein etwas sagen? Grossrat Kollegger.

Kollegger: Nur kurz: Dass ich mich vorhin nicht gemeldet habe, bitte ich Sie nicht dahingehend zu deuten, dass ich mit dem Inhalt der Botschaft zufrieden wäre oder mit einzelnen Punkten einverstanden wäre. Ich hätte sonst bei jedem Punkt drücken und Ausführungen machen müssen. Das wollte ich Ihnen ersparen. Ich konzentriere mich daher auf die zwei Punkte, die mir positiv aus der Botschaft herausgestochen sind. Das gibt es auch. Die Botschaft sagt nämlich auch einiges richtig und wichtig. Wichtiges so auf Seite 588: Es sind die Kompetenzen per Ende der obligatorischen Schulzeit massgebend und zu erreichen. Dann auf Seite 590: Bund und Kantone sorgen im Rahmen der Zuständigkeit für eine hohe Qualität und eine hohe Durchlässigkeit des Bildungsraums Schweiz. Eigentlich sind das zusammengefasst die Anliegen der Initiative. Das ist alles, was ich zu diesem Thema noch sagen wollte, denn Sie haben mich heute in einem Punkt überzeugt: Wir sollten keine Zeit mehr verlieren.

Standespräsident Aebli: Gut dann kommen wir zu den Abstimmungen. Wir haben das Prozedere ja so festgelegt, wir stimmen ab über den Antrag der Kommission. Die Kommissionspräsidentin hat ihn vorher kurz angesprochen. Ich möchte ihr aber wieder das Mikrofon geben, damit sie zu den Abstimmungen etwas sagen kann. Wir sind jetzt bei der Abstimmung „Die kantonale Volksinitiative nur eine Fremdsprache in der Primarschule dem Volk zur Ablehnung zu empfehlen“. Bitte.

Initiative

Die kantonale Volksinitiative «Nur eine Fremdsprache in der Primarschule (Fremdspracheninitiative)» dem Volk zur Ablehnung zu empfehlen.

a) *Antrag Kommissionsmehrheit* (8 Stimmen: Märchy-Caduff [Kommissionspräsidentin], Atanes, Clalüna, Hug, Kasper, Locher Benguerel [Kommissionsvizepräsidentin], Tenchio, Widmer-Spreiter; Sprecherin: Märchy-Caduff [Kommissionspräsidentin]) *und Regierung*
Gemäss Botschaft

b) *Antrag Kommissionsminderheit* (1 Stimme: Waidacher)

Die kantonale Volksinitiative «Nur eine Fremdsprache in der Primarschule (Fremdspracheninitiative)» dem Volk zur Annahme zu empfehlen.

Märchy-Caduff; Kommissionspräsidentin: Ich bedanke mich für das Wort. Aber ich denke, dass hier der Antragsteller Roman Hug das Wort erhalten soll und seine Argumente darstellen soll.

Standespräsident Aebli: Also Roman Hug spricht, wenn ich das richtig mitbekommen habe, beim Gegenvorschlag. Wir sind jetzt noch eine Stufe früher und Sprecherin der Kommission sind gemäss dem grünen Blatt Sie.

Märchy-Caduff; Kommissionspräsidentin: Okay, Dankeschön, ich war einen Schritt zu schnell. Ich habe das Votum von Andy Kollegger aufgenommen. Also, als Sprecherin der Mehrheit der Kommission kann ich es ganz kurz machen, die Fakten sind auf dem Tisch. Es wurde rege diskutiert. Eine grosse Kommissionsmehrheit und Regierung beantragt, die kantonale Volksinitiative „Nur eine Fremdsprache in der Primarschule“ dem Volk zur Ablehnung zu empfehlen.

Standespräsident Aebli: Gibt es weitere Mitglieder der Kommissionsmehrheit, die sich melden möchten? Wenn das nicht der Fall ist, dann gebe ich dem Sprecher der Kommissionsminderheit, Grossrat Waidacher, das Wort.

Waidacher; Sprecher Kommissionsminderheit: Wir haben die Ausführungen gehört. Ich habe es wie Andy Kollegger bei der Diskussion der Botschaft: Wichtig ist, dass da definiert ist, dass die vergleichbare Qualität der Fremdsprachen auf Ende des neunten Schuljahres festgelegt ist. Das wird auch mit der Initiative nicht verletzt. Und wo wir heute schon einen Nachteil haben, das habe ich auch beim Eintreten gesagt, dass die Durchlässigkeit vor allem für die deutschsprachigen Schülerinnen und Schüler heute schon nicht gewährleistet ist, vor allem im Vergleich zu den Deutschschweizer Kantonen. Wenn man die Initiative annimmt, hätte man das aus der Welt geschafft. Und wie Sie auch gehört haben vom Bundesgericht und vom Verwaltungsgericht, ist die Initiative, ist es auch möglich, dass man die umsetzt, dass keine Minderheiten und andere übergeordnete Rechte verletzt werden. Also ich bitte Sie, für die Initiative zu stimmen.

Standespräsident Aebli: Gibt es weitere Wortmeldungen, bevor wir zur Abstimmung kommen? Frau Kommissionspräsidentin? Gut, dann stimmen wir ab. Sie haben die Anträge auf dem Tisch. Wer den Antrag der Kommissionsmehrheit nachher unterstützen möchte, drücke die Taste Plus. Wer die Minderheit unterstützen möchte, die Taste Minus und Enthaltungen Null. Die Abstimmung läuft jetzt. Sie haben die Zustimmung der Kommissionsmehrheit und Regierung gegeben mit 93 Ja-Stimmen bei 17 Nein-Stimmen und einer Enthaltung.

Abstimmung

Der Grosse Rat folgt dem Antrag der Kommissionsmehrheit und Regierung mit 93 zu 17 Stimmen bei 1 Enthaltung.

Standespräsident Aebli: Wir fahren nun fort und kommen zum Gegenvorschlag. Hier haben wir einen Antrag der Kommissionsminderheit und einen Antrag der Kommissionsmehrheit. Und da Grossrat Hug schon mehrmals in dieser Debatte angesprochen wurde, gebe ich ihm das Wort. Er hat ja auch den Gegenvorschlag formuliert und in dem Sinn erlaube ich mir, Ihnen das Wort zu geben.

Gegenvorschlag

a) *Antrag Kommissionsminderheit* (3 Stimmen: Märchy-Caduff [Kommissionspräsidentin], Hug, Waidacher; Sprecher: Hug)

Der in Form der allgemeinen Anregung gefassten Initiative einen ebenfalls in der Form der allgemeinen Anregung gefassten Gegenvorschlag wie folgt gegenüberzustellen:

Das Gesetz für die Volksschulen des Kantons Graubünden ist so abzuändern und auszugestalten, dass in der Primarschule für den Fremdsprachenunterricht im ganzen Kanton folgende Regel gilt:

«In der Primarschule ist nur eine Fremdsprache obligatorisch, dies ist eine Kantonsprache.»

b) *Antrag Kommissionsmehrheit* (6 Stimmen: Atanes, Clalüna, Kasper, Locher Benguerel [Kommissionsvizepräsidentin], Tenchio, Widmer-Spreiter; Sprecherin: Clalüna) *und Regierung*

Den Gegenvorschlag zur kantonalen Volksinitiative «Nur eine Fremdsprache in der Primarschule (Fremdspracheninitiative)» abzulehnen.

Hug; Sprecher Kommissionsminderheit: Vielen Dank, das ist sehr nett. Ich hoffe, dass wir damit nicht die protokollarischen Abläufe verletzen, wenn ich vor der Mehrheit spreche. Also, um zu betonen, ich befinde mich in einer Minderheit.

Nun, zum Gegenvorschlag: Wenn wir nun die Diskussion über den Gegenvorschlag erreichen, stellen Sie sich vielleicht die Frage, ob unser Gegenvorschlag überhaupt notwendig sei. Es wurde bereits erklärt, dass er politisch chancenlos sein werde. Die politischen Chancen kann ich heute nicht abschliessend beurteilen. Ich bin aber aus zwei Gründen fest davon überzeugt, dass dies zum jetzi-

gen Zeitpunkt der sachlich betrachtet konstruktivste Weg in die Zukunft ist.

Zum ersten Punkt, der Grundhaltung: Ich habe die Initiative bewusst nicht unterzeichnet. Aber nicht, weil ich das Grundanliegen von nur einer Fremdsprache als falsch erachte. Nein, ich unterstütze diesen ersten Teil ausdrücklich und bin wahnsinnig froh, dass die Initianten sich in derart grossem Engagement dafür eingesetzt haben. Ich bin einfach der Meinung, dass die Rücksicht auf unsere Kantonssprachen höher zu gewichten ist und nur dieser Weg eine politische Mehrheit finden wird. Als Konsequenz daraus ist an erster Stelle in allen Sprachregionen eine Kantonssprache zu setzen. Wenn nun also Kollege Bondolfi in der Eintretensdebatte unserem Gegenvorschlag unterstellt, wir würden damit eine ganze Sprachregion desavouieren, verstehe ich die Welt nicht mehr. Kollege Bondolfi, mit dem Gegenvorschlag würden unsere Kantonssprachen keinesfalls geschwächt werden. Mit dieser Variante und der Verschiebung des Englischunterrichts ist das Gegenteil der Fall.

Zum zweiten Punkt, der Harmonisierung: Ich gehöre nicht zu jenen, welche das Argument der Durchlässigkeit über alles andere stellt. Ich habe damals auch gegen das HarmoS-Konkordat gekämpft, welches mit über 60 Prozent vom Bündner Volk abgelehnt wurde. Und es wurde schon heute erwähnt, dass Graubünden bereits eine Spracheninsel ist. Der Gegenvorschlag wird daran nichts ändern. Wir sind und bleiben auch dann eine sogenannte Spracheninsel. Wenn Ihnen diese Harmonisierung aber tatsächlich so wichtig ist, dann müssen Sie der Initiative zustimmen. Sie kommt einer Harmonisierung mit unseren Nachbarn am nächsten. Da müssen wir endlich mal ehrlich mit uns selber sein. In der Botschaft auf Seite 595 sehen Sie die Grafik mit der Sprachenübersicht der gesamten Schweiz. Diese Grafik ist wichtig. Das Problem liegt allerdings darin, dass mit der Legende grafisch suggeriert wird, dass wir in der Schweiz lediglich drei unterschiedliche Kantonsgruppen hätten. Öffnen Sie bitte mal die Botschaft auf Seite 595. Wer sich die Mühe nimmt und detailliert eine Auslegeordnung über alle Kantone macht, erkennt, dass wir mindestens sieben Unterarten in den Kantonen haben. Und es ärgert mich zutiefst, dass wir als Laienpolitiker selber dies tun müssen und dies nicht von der Verwaltung, dem EKUD, präsentiert bekommen. Sehr geehrter Herr Regierungsrat, Sie haben in dieser Angelegenheit in der Eintretensdebatte festgehalten, wir seien dann der einzige Kanton, der kein Frühenglisch auf der Primarschulstufe hätte. Ich habe das bereits in der Kommissionssitzung so ausgeführt, das stimmt nicht. Tessin, das uns in der gelebten Zweisprachigkeit mit Deutsch und Italienisch am nächsten kommt, hat Englisch ab dem achten Schuljahr. Das heisst, wenn wir jetzt diesem Gegenvorschlag zustimmen würden, dann hätten wir allenfalls eine Diskriminierung zwischen den Südtälern und dem Tessin. Und die Diskriminierung würde so aussehen, dass wir eine Art früher Englischunterricht hätten. Das müssen wir einfach einmal festhalten.

Und die Argumente, die aufgeführt werden, wir würden da wieder benachteiligt, die können Sie auf Seite 594 und 595 nachlesen, sie stimmen erwiesenermassen nicht. Aus diesem Grund bitte ich Sie wirklich, nehmen Sie

sich die Zeit, nehmen nun alle Argumente und falls Sie das überzeugen wird, geben Sie sich einen Ruck und bleiben Sie nicht bei der allenfalls vorgefassten Meinung. Geben wir uns die Chance, vielleicht eine nur kleine Änderung des heutigen Systems, nämlich der Verschiebung einer Sprache um zwei Jahre, zu erhalten, damit aber eventuell eine bessere Zukunft für unsere Kinder zu haben, als sie vielleicht für viele heute bereits ist. Ich danke für die Aufmerksamkeit und freue mich auf die Debatte.

Standespräsident Aebli: Ich gebe das Wort der Sprecherin der Kommissionmehrheit, Grossrätin Clalüna.

Clalüna; Sprecherin Kommissionmehrheit: Die Stimmung bezüglich des Schulunterrichts ist in der KBK umstritten, doch man ist sich einig, dass der heutige Schulbetrieb für einige Kinder zu stressig ist. Ich denke, ich darf für alle sprechen, wenn ich sage, dass es uns ein grosses Anliegen ist, ein gutes, für alle Kinder tragbares Schulsystem anzubieten. Und diesen Aspekt haben wir uns bei unseren Entscheidungen vor Augen gehalten. Eine Änderung zur heutigen Stundentafel ist nur sinnvoll, wenn alle Kinder davon profitieren und sich die heutige Situation verbessern würde.

Wir haben mit dem Gegenvorschlag von Roman Hug, einen Vorschlag, mit dem man versucht, dieses Ziel zu erreichen. Er ist auf den ersten Blick sympathisch, doch wenn man die ganzen neun Schuljahre einbezieht, erkennt man, dass die Probleme verlagert werden und dem einzelnen Kind nur im Moment geholfen wird. Der Unterschied zur Fremdspracheninitiative ist der, dass eine Kantonssprache als erste Fremdsprache in der Primarschule obligatorisch unterrichtet würde. Und in der siebten Klasse würde dann Englisch unterrichtet werden. Hiermit ergeben sich ähnliche Probleme wie bei der Initiative. Sie erinnern sich, dasselbe Lernziel muss gemäss EDK und Sprachengesetz in zwei Fremdsprachen in allen Kantonen bis Ende des neunten Schuljahres erreicht werden. Die Schüler und Schülerinnen müssten demnach den erforderlichen Englischschulstoff in drei anstatt fünf Jahren erlernen. Der Lerndruck würde auf der Oberstufe erhöht. In diesem Fall sind die Lehrmittel anzupassen und da kein anderer Kanton über dieses System verfügt, können diese nicht einfach übernommen werden. Auch hier gäbe es im Gegenzug Verschiebungen der Lektionen von der Oberstufe in die Primarklasse, was wiederum nicht zur gewünschten Entlastung beiträgt. Sollte der Gegenvorschlag angenommen werden, wird bestimmt in welcher Klasse die Schulen mit welcher Sprache beginnen. Somit wären wir wieder beim Modell, das bis 2013 praktiziert wurde.

Wie Sie sehen, sind es erst fünf Jahre, während denen zwei Fremdsprachen auf der Primarstufe unterrichtet wurden. Die Mehrheit der KBK ist der Meinung, dass den Kindern nach so kurzer Zeit nicht schon wieder ein Wechsel, eine Änderung zugemutet werden kann und man dem momentanen System mehr Zeit zugestehen sollte. Zudem, wir haben das gehört, hat die EDK für das Jahr 2019 eine umfassende Bilanz des heutigen Fremdsprachenunterrichts angekündigt. Darauf basierend sollten bei Bedarf nationale Anpassungen gemacht werden.

Beim Gegenvorschlag von Kollega Roman ergibt sich zusätzlich das Problem der interkantonalen Mobilität. Schon heute müssen Kinder, die von Graubünden in einen nördlichen Nachbarkanton wechseln, zwei Jahre Englischunterricht nachholen. Nachher, bei Beginn in der siebten Klasse, würde der Unterschied vier Jahre betragen, die innert drei Jahren kompensiert werden müssten. Andersrum besteht das Problem natürlich auch und macht unser schon heute spezielles Schulsystem nicht attraktiver für Neuzuzügler. Der Gegenvorschlag verstärkt den Bündner Sonderfall nochmals. Auch wenn man dem Gegenvorschlag der Minderheit eine gewisse Attraktivität zugestehen kann, ist die Mehrheit der Meinung, dass auch dieser Vorschlag keine Verbesserung zur heutigen Schulsituation bringen wird und somit nicht tragbar ist. Die Probleme werden nur verschoben und neue werden entstehen. Die Mehrheit der KBK bittet Sie, den Gegenvorschlag abzulehnen und dankt für Ihre Unterstützung.

Standespräsident Aepli: Weitere Mitglieder der Kommission? Grossrätin Locher, Sie haben das Wort.

Locher Benguerel: Ich möchte in Ergänzung zum Votum der Sprecherin der Kommissionsmehrheit, Heidi Clalüna, einfach noch zwei Punkte anfügen. Der eine Punkt ist: Englisch ist bereits heute Teil des Alltags der Schülerinnen und Schüler. Und da berichte ich als eine der Lehrerinnen, die Englisch unterrichtet seit dem Schuljahr 2012/2013. Englisch ist eine Tatsache in der Primarschule und mit dem Lehrplan 21, der ab dem 1. August 2018 gilt, kommt neu das Fach Medien und Informatik dazu, das ab der 5., 6. Klasse unterrichtet wird. Das heisst, da sind viele Ausdrücke auch auf Englisch. Es wäre einfach nicht sach- und zielgerecht, Englisch jetzt aus der Primarschule zu verbannen. Und die Beliebtheit von Englisch bei den Lehrerinnen und Lehrern, aber auch bei den Kindern, ist sehr gross und ich bezweifle dann, dass die Freude daran hätten, wenn sie Englisch in der Primarschule wieder abgeben müssten. Es kann davon aber ausgegangen werden, dass das Bedürfnis, in der Primarschule Englisch zu lernen, weiterhin vorhanden sein wird. Deshalb müsste dann überlegt werden, ein Freifachangebot für Englisch auf der Primarschule anzubieten. Dies wiederum hätte komplizierte Kosten- und Organisationsfolgen, wie die Initiative selbst. Da drehen wir uns auch wieder in einem Kreis. Würde das Freifachangebot aber nicht gemacht, dann wäre die Wahrscheinlichkeit gross, dass die Chancengerechtigkeit für die Bildung sinkt, da gut bemittelte Eltern Englisch privat organisieren und bezahlen würden. Und auch das war bereits der Fall, bevor Englisch 2012 eingeführt wurde.

Und dann noch zur Grundsatzfrage, die ich hier noch in den Raum stellen möchte, die Initiative haben wir jetzt beraten, aber auch beim Gegenvorschlag, wir sollten den Fokus darauf richten: Wird es besser als heute? Alle Varianten, die bis jetzt präsentiert wurden und die ich kenne, haben Vor- und Nachteile. Der Gegenvorschlag hat sicher weniger Nachteile als die Initiative. Aber wenn wir eine Änderung vom bisherigen Modell beschliessen wollen, dann bin ich der Meinung, dann muss

ich überzeugt sein, dass die neue Lösung besser ist als diejenige von heute. Und nur dann lohnt es sich, alles auf den Kopf zu stellen, massive Unruhe in die Bündner Schule zu bringen, Geld, Organisation, den Alleingang in Kauf zu nehmen. Und ich bin bei dieser Frage zum Schluss gekommen, sowohl bei Ihrer Initiative wie beim Gegenvorschlag, dass beides nicht besser ist als heute. Wir lösen mit dem einen und anderen etwas, aber wir schaffen gleichzeitig neue Schwierigkeiten.

Und abschliessend an Kollege Kollegger gewandt, möchte ich auch noch etwas zur Hand sagen. Sie haben die Hand ausgestreckt mit Ihrem schönen Bild und ich finde eine Hand ausstrecken immer ein schönes Bild in der Lösungsfindung, in politischen Prozessen und gesellschaftlichen Fragen. Ich strecke auch meine Hand aus. Ich habe es im Eintreten gesagt, wir haben heute die beste Lösung. Es ist ein gefundener Kompromiss. Aber es ist nicht die beste aller Lösungen. Ich strecke meine Hand aus, wenn es darum geht, innerhalb des gesetzlichen Rahmens Optimierungen vorzunehmen. Ich strecke meine Hand aber auch für weitere Debatten aus, wenn wir im nationalen Kontext evidenzbasiert, basierend auf wissenschaftlichen Ergebnissen, auf der EDK-Evaluation, nach Lösungen suchen werden. Aber heute hier vorschnell eine Lösung zu beschliessen, da möchte ich einfach davor warnen.

Bondolfi: Ich bin von Kollege Hug direkt angesprochen worden. Er hat mich aber falsch zitiert. Ich habe gesagt, dass die Initiative eine ganze Sprachregion desavouiert. Ich sprach ja nicht vom Gegenvorschlag. Dass ich missverstanden worden bin, ist sehr wahrscheinlich dem Umstand zuzuschreiben, dass ich das auf Italienisch gesagt habe. Oder? Und es ist ein Beweis mehr, dass wir gut daran tun, die Sprache des Nachbarn zu lernen.

Standespräsident Aepli: Gut, wir sind, soweit ich das beurteilen kann, fast am Ende dieser Debatte. Ich möchte es aber nicht unterlassen, dem Regierungsrat auch das Wort zu erteilen.

Regierungsrat Jäger: Zunächst möchte ich mich bei der Kommissionspräsidentin der KBK, Grossrätin Märchy, bedanken für ihre sehr präzisen Äusserungen in der Detailberatung, eine präzise Zusammenfassung der regierungsrätlichen Botschaft. Besten Dank.

Dann zweitens: Grossrätin Clalüna als Sprecherin der Mehrheit und Grossrätin Locher haben alles gesagt, was auf meinem Blatt steht, und darum verzichte ich, das noch einmal in anderen Worten zu wiederholen.

Etwas, Grossrat Hug, das müssen wir einfach noch klären, der Kanton Tessin: Sie haben Recht, der Kanton Tessin hat ein völlig anderes Schulsystem. Im Kanton Tessin lernen die Schüler drei Fremdsprachen. Nämlich zunächst Französisch, dann Deutsch und zuletzt Englisch. Das ist die Reihenfolge. Im Kanton Tessin gibt es nicht wie bei uns eine Sekundarschule und eine Realschule und eine sechsjährige Primarschule. Der Kanton Tessin hat ein anderes System. Und wenn in die Scuola Media im Kanton Tessin, wenn die Schüler dort eintreten, sind die Schüler gleich alt wie bei uns die fünften Primarklässler. Darum ist es einfach so nicht vergleich-

bar. Aber ich gebe Ihnen Recht, meine Formulierung war etwas zu wenig auch noch auf den Sonderfall Tessin ausgerichtet. In diesem Sinne entschuldige ich mich. Der Kanton Tessin hat wirklich ein anderes Schulsystem. Wir wären der einzige Kanton, mit Ausnahme des Kantons Tessin, der auf Englisch in der Primarschule verzichten würde.

Standespräsident Aebli: Gut, ich gebe das Wort noch einmal der Kommissionminderheit. Herr Hug, wünschen Sie das Wort?

Hug; Sprecher Kommissionminderheit: Ja gerne, aber äusserst kurz. Ich stelle einfach fest, dass der Wille beschränkt ist, am bestehenden System etwas zu ändern. In der Ausgangslage und der Analyse sind wir uns oft einig, dass nicht alles wunderbar funktioniert. In der Konsequenz geht es dann auseinander.

Zwei Punkte möchte ich noch erwidern. Es wurde gesprochen von einer massiven Unruhe in der Schule, die das auslösen könnte. Da möchte ich Ihnen einfach mitgeben, diese massive Unruhe von einer Verschiebung einer Sprache um zwei Jahre, da frage ich mich wirklich, ob das dann vergleichbar ist mit der Implementierung des Lehrplan 21, ohne es werten zu wollen, ob man da wirklich von einer massiven Unruhe dann sprechen kann. Ich glaube persönlich nicht. Und dann wurde noch erwähnt, dass man bereit ist, von Kollegin Locher, bessere Lösungen innerhalb des heutigen Gesetzes zu erarbeiten, da bin ich sehr froh, und die Hand dazu ausstreckt. Ich meine, die bessere Lösung innerhalb des Gesetzes sei Sache der Regierung. Das muss sie organisieren. Wir sind der Gesetzgeber. Ich hätte gerne eine bessere Lösung in der Gesetzgebung heute erreicht. Mir ist bewusst, dass das Anliegen nicht unbedingt attraktiv ist. Es wurde auch bereits erwähnt, dass ich da dem Italienisch nicht hätte folgen können. Das kann ich wirklich so bestätigen. Es könnte sein, dass ich im Italienisch nicht sehr gut ausgebildet bin. Ich wurde grossgezogen in der Zeit, in der man noch Französisch lernte und somit würde ich dann in Zukunft, wenn ich etwas jünger wäre, massiv vom Gegenvorschlag profitieren und bedaure, dass ich so alt bin, wie ich es eben bin. *Heiterkeit.* In diesem Sinn denke ich, dass die Meinungen gemacht sind.

Standespräsident Aebli: Grossrätin Clalüna wünschen Sie das Wort? Wenn das nicht der Fall ist, stimmen wir ab. Und wir stimmen wie folgt ab: Wer der Kommissionmehrheit und der Regierung die Zustimmung geben möchte, drücke die Taste Plus. Wer der Kommissionminderheit die Stimme geben möchte, drücke die Taste Minus. Enthaltungen Null. Die Abstimmung läuft jetzt. Sie haben die Kommissionmehrheit und Regierung unterstützt mit 86 Ja zu 26 Nein bei 0 Enthaltungen.

Abstimmung

Der Grosse Rat folgt dem Antrag der Kommissionmehrheit und Regierung mit 86 zu 26 Stimmen bei 0 Enthaltungen.

Standespräsident Aebli: Wir sind nun fast am Schluss dieser Debatte. Aber bevor wir es dann abschliessen können, möchte ich doch noch das Wort der Kommissionspräsidentin erteilen für das Schlusswort.

Märchy-Caduff; Kommissionspräsidentin: Die Diskussion zum Thema Fremdspracheninitiative wird weitergehen. Jetzt ist nämlich das Volk aufgerufen, sich damit auseinanderzusetzen und seinen Willen an der Urne zu bekunden. Gespannt darf man sein, was auf nationaler Ebene passieren wird und ja, vielleicht was auch aus unserem Rat dann für Vorschläge kommen, wie man die Situation der Schulkinder verbessern kann. Meinen Dank möchte ich allen aussprechen, die sich mit dem Thema Fremdspracheninitiative beschäftigt haben, den Mitgliedern der KBK, der Regierung und den Mitarbeitenden des AVS, Patrick Barandun vom Ratssekretariat und Ihnen, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, und schlussendlich gilt mein Dank auch den Initianten für ihr grosses Engagement.

Standespräsident Aebli: Wir schalten nun eine Mittagspause ein bis 14.00 Uhr. Ich bitte Sie, pünktlich zu sein. Wir fahren dann fort mit dem Zusammenschluss der Gemeinden Hinterrhein, Nufenen, Splügen zur Gemeinde Rheinwald.

Schluss der Sitzung: 11.50 Uhr

Es sind keine Vorstösse eingegangen.

Für die Genehmigung des Protokolls

durch die Redaktionskommission:

Der Standespräsident: Martin Aebli

Der Protokollführer: Patrick Barandun